

Integration in ländlichen Regionen

Teil 3: Integration durch ein datengestütztes und integriertes Standortkonzept bewältigen



GEFÖRDERT VOM



**Bundesministerium
für Bildung
und Forschung**



Die Broschüre ist Teil der Schriftenreihe

Integration in ländlichen Regionen

- Teil 1: Erklärungsmodell der Wohnortwahl durch Zugewanderte
- Teil 2: Rahmenbedingungen für die Integration – Herausforderungen und Lösungsansätze
- Teil 3: Integration durch ein datengestütztes und integriertes Standortentwicklungskonzept bewältigen
- Teil 4: Praxisinstrumentarium zur Prozessmoderation und Netzwerkbildung

Die Reihe basiert auf den Ergebnissen des BMBF-Projekts mit dem Titel:

„Innovative Formate zur Integration von Zuwanderern in Regionen mit hohen demografischen Herausforderungen“

Laufzeit: 01.05.2017 - 30.09.2020

Gefördert vom BMBF FONA mit der Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“

Förderkennzeichen: 033L193A-D

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.

Am Projekt waren folgende Mitarbeiter beteiligt:

Institut für Technologie und Arbeit e.V.: Marina Jentsch, Prof. Dr. Klaus Zink, Dr. Tino Baudach, Prof. Dr. Klaus Fischer

Technische Universität Kaiserslautern, Fachbereich Raum- und Umweltplanung, Senior-Forschungsprofessur Stadtplanung: Carsten Felz, Jan Frühauf, Dr. Patrick Torakai, Prof. Dr. Gerhard Steinebach

Verbandsgemeinde Gerolstein: Elena Marx

Verbandsgemeinde Nordpfälzer Land (ehemals Verbandsgemeinde Rockenhausen): Lynn Ermtraud, Sigrid Szepanski

Autoren dieser Broschüre: Prof. Dr.-Ing. Gerhard Steinebach, Dr. Patrick Torakai



senior-forschungsprofessur
stadtplanung
prof. dr.-ing. g. steinebach



VERBANDSGEMEINDE GEROLSTEIN
Gerolstein | Hillesheim | Obere Kyll



Inhalt

1	Herausforderungen der Integration und Zuwanderung als Handlungsbedarf der kommunalen Zukunftsfähigkeit.....	5
2	Erfordernis Verteilungsaufgabe.....	7
3	Modellansatz zur Bestimmung von Potentialräumen für die Verteilung von Zuwandern: Tool als Leitfaden und GIS-gestütztes Planungsinstrument.....	10
3.1	Überörtliche Ebene der Landes- und Regionalplanung.....	10
3.1.1	Alternativer Verteilungsansatz: Modellparameter auf überörtlicher Ebene.....	10
3.1.2	Gegenüberstellung der Modellparameter: Alternativer Verteilungsansatz – Königsteiner Schlüssel.....	11
3.2	Örtliche Ebene der kommunalen Bauleitplanung.....	13
3.2.1	Alternativer Verteilungsansatz: Modellparameter auf örtlicher Ebene.....	13
3.2.2	Schritt 1: Restriktionsanalyse.....	15
3.2.3	Schritt 2: Konfliktanalyse.....	15
3.2.4	Schritt 3: Eignungsanalyse.....	16
3.2.5	Milieu-Analyse als sozialräumliches Leitkriterium im Rahmen der Eignungsanalyse.....	18
3.2.5.1	Begriffliche Einordnung.....	18

3.2.5.2	Das Sinus-Milieu-Modell – Mehrwerte für die Kommunal- entwicklung im Kontext der Integration von Zuwanderern.....	18
3.2.5.3	Kurzcharakteristiken zu den SinusMilieus®	22
4	Praxisbezogene Anwendung des Modellansatzes und der Tools am Beispiel der Modellkommunen Gerolstein und Rockenhausen.....	25
5	Übertragbarkeit und Reflektion der Erkenntnisse.....	33
6	Abbildungsverzeichnis.....	37
7	Literaturverzeichnis.....	39

1 Herausforderungen der Integration und Zuwanderung als Handlungsbedarf der kommunalen Zukunftsfähigkeit

Im folgenden Beitrag werden Flüchtlinge im Sinne des § 3 AsylG, Asylberechtigte nach Art. 16 a GG und subsidiär Geschützte gem. §4 AsylG als schutzbedürftige Zuwanderer erfasst.

Die dargelegten methodischen Modellansätze ermöglichen eine Erweiterung dieser Fokusgruppe des vorliegenden Beitrages um sonstige Zielgruppen nationaler und internationaler Herkunft, wobei eine Beurteilung der standortbezogenen und persönlichen Aspekte (insb. Sprach- und Qualifikationsniveau) zu berücksichtigen sind. Zur Vereinfachung wird daher im Folgenden der Begriff schutzbedürftige Zuwanderer verwendet.

Die lokalen Einflussmöglichkeiten auf die Integration von schutzbedürftigen Zuwanderern wird maßgeblich von den wechselseitigen Abhängigkeiten, Vorgaben und behördlichen Zuständigkeiten auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene bestimmt. Dabei kann den Kommunen in Bezug auf die kurzfristige Behebung von sozialen, baulichen, wirtschafts- und infrastrukturellen Defiziten als Folgen des demographischen, strukturellen und digitalen Wandels eine eingeschränkte Handlungs- und Steuerungsmöglichkeit attestiert werden. Die Integration und Zuwanderung kann eine Chance für die Zukunftsfähigkeit von ländlich geprägten Gemeinden darstellen, insofern es den Dörfern gelingt, sich im Kontext des interkommunalen Wettbewerbs mit ihren Standortpotentialen smart, nachfrageorientiert, resilient und attraktiv zu positionieren.

Demographische Änderungsprozesse, die aus der Alterung und Schrumpfung sowie den Wanderungsbewegungen der Bevölkerung resultieren, haben Auswirkungen auf die infrastrukturelle Grundversorgung der Kommunen und verschärfen die Positionen im interkommunalen Wettbewerb, insbesondere um Einwohner und Fachkräfte auf dem lokalen Arbeitsmarkt. Die kommunalen Herausforderungen beziehen sich nicht nur auf soziale und technische Einrichtungen, es sind auch Auswirkungen auf das soziale Miteinander und die Sicherheit der Bevölkerung in Städten und Dörfern zu erwarten. Im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung gewinnen die Standortfaktoren Lebensqualität und Sicherheit zunehmend an Bedeutung, da gesellschaftspolitische, soziale, bauliche, wirtschaftsstrukturelle und technologische Veränderungen zur Transformation der Städte und Dörfer führen.

Der Rückgang sowie die Alterung der Bevölkerung in Deutschland und in den einzelnen Bundesländern – so auch in Rheinland-Pfalz (vgl. Abbildung 1) – werden sich zukünftig, wenn auch in unterschiedlicher Dynamik und Intensität, fortsetzen. Die demographischen Änderungsprozesse werden im regionalen Bezug aufgrund von Binnen- und Außenwanderungen jedoch nicht homogen verlaufen. Vielmehr sind

zeitlich und räumlich parallel ablaufende Schrumpfungs-, Wachstums-, Alterungs- und Verjüngungsvorgänge in unterschiedlichen Raumkategorien (Gemeinden im ländlichen Raum, städtische Ränder, städtische Kerne) mit unterschiedlicher Intensität zu erwarten. Während in Rheinland-Pfalz insbesondere entlang der Rheinschiene (im Osten des Landes) und im Landkreis Trier-Saarburg (Sondereffekt durch die Nähe zu Luxemburg) die höchsten Bevölkerungszunahmen (bis zu 5%) für das Jahr 2040 durch das statistische Landesamt Rheinland-Pfalz prognostiziert werden, stagnieren bzw. schrumpfen zugleich viele Regionen des Landes mit Bevölkerungsverlusten bis zu -10% und mehr (vgl. Abbildung 1).

Bevölkerungsprognose 2017-2040
nach Verwaltungsbezirken
(mittlere Berechnungsvariante)

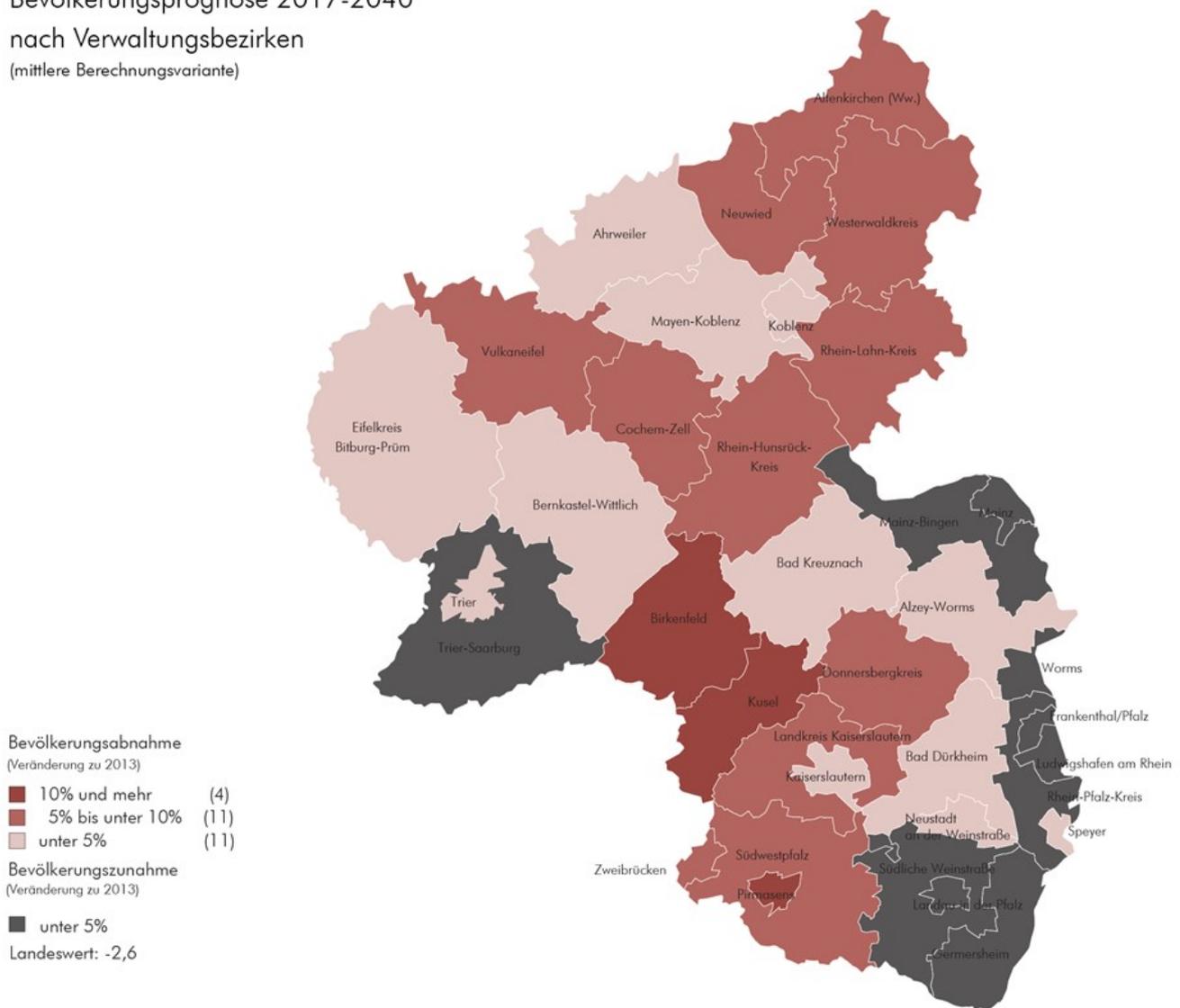


Abbildung 1: Bevölkerungsprognose 2017—2040 für Rheinland-Pfalz [1, S.57]

Viele Regionen brauchen also Wanderungsgewinne zur Stabilisierung ihrer demographischen Situation. Ansonsten wird die Zahl der Schrumpfungsräume nicht abnehmen. Geflüchtete sind somit auch als Chance für die Bevölkerungsentwicklung anzusehen.

Zuwanderung ist dem zu Folge ein zentrales Zukunftsthema für die Städte und Dörfer. Damit sind jedoch auch ebenenspezifische Herausforderungen in ländlichen Regionen mit ihren Dörfern verknüpft. Eine solche Orientierung darf gerade in Rheinland-Pfalz wegen der hohen Anzahl kleinerer Gemeinden nicht außer Betracht bleiben. Von den insgesamt 2.305 Gemeinden haben ca. 2.000 Gemeinden weniger als 2.000 Einwohner [1, S. 14].

2 Erfordernis Verteilungsaufgabe

Um die Steuerung der räumlichen Verteilung der schutzbedürftigen Zuwanderer beziehungsweise damit verbundene Einschränkungen der Freizügigkeit zu verstehen, ist das Asylverfahren vom Verfahren der Unterbringung zu unterscheiden:

- Für das Asylverfahren, also die Anerkennung des Asyls oder eines Schutzstatus, ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nach dem Asylgesetz zuständig. Dabei handelt es sich um eine Bundesangelegenheit. Die Asylsuchenden stellen ihren Antrag deshalb in den Außenstellen des BAMF als Bundeseinrichtung.
- Für die Unterbringung und soziale Betreuung der Asylsuchenden sind hingegen die Länder zuständig, die diese Aufgabe in der Praxis zum Teil an die Kommunen weiterreichen. Nach positiver Entscheidung des Asylantrags, der Anerkennung des Flüchtlingsstatus oder der Duldung der schutzbedürftigen Zuwanderer sind die Kommunen für die Unterbringung zuständig [4, S. 3].

Die Verteilung von Asylsuchenden in Deutschland ist in § 45 des Asylgesetzes (AsylG) geregelt. Nach ihrer Ankunft in Deutschland werden Asylbegehrende zuerst der nächstgelegenen Landeserstaufnahmeeinrichtung zugewiesen und dort registriert. Sie erhalten hier einen so genannten Ankunftsnachweis, der während des Asylverfahrens zum Aufenthalt in Deutschland berechtigt. Mithilfe des Verteilungssystems „EASY“ („Erstverteilung von Asylbewerbern“) werden die Asylbegehrenden dann nach dem „Königsteiner Schlüssel“ (§ 45 Abs. 1 S. 2 AsylG) auf die einzelnen Bundesländer verteilt.

Die Formel geht auf das Königsteiner Staatsabkommen über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen aus dem Jahre 1949 zurück und wird heute in unterschiedlichen Bereichen für die

Verteilung von Lasten auf die Länder eingesetzt. Bei der Ermittlung der Quote, die auf ein Land entfällt, werden dessen Steueraufkommen mit einem Gewicht von zwei Dritteln und die Bevölkerungszahl mit einem Gewicht von einem Drittel berücksichtigt [4, S. 3].

Die räumliche Verteilung der schutzbedürftigen Zuwanderer in Rheinland-Pfalz zwischen 2015 und 2018 verdeutlicht eine starke Konzentration auf die östlichen Teile des Bundeslandes (vgl. Abbildung 2), die durch eine hohe Bevölkerungs- und Siedlungsdichte gekennzeichnet sind. Während insbesondere für die Region Mittelrhein-Westerwald (Westerwald, Neuwied, Mayen-Koblenz) ein quantitativer Bevölkerungsrückgang bis 2040 prognostiziert wird (vgl. Abbildung 1), der durch die Zuwanderung quantitativ kompensiert werden würde, verzeichnen die durch eine erwartete Bevölkerungszunahme gekennzeichneten Bereiche Rheinhessen-Nahe (Mainz, Mainz-Bingen, Bad Kreuznach) sowie die Stadt Ludwigshafen und der Rhein-Pfalz-Kreis die höchsten Erstverteilungsquoten (2.500 – 4.000 Personen).

Die damit zu erwartenden kommunalen Herausforderungen in Bezug auf die Integration in die Gesellschaft als auch den Wohnungs- und Arbeitsmarkt verdeutlichen die Notwendigkeit eines räumlichen Gesamtansatzes, der kapazitätsorientiert nach quantitativen und qualitativen Aspekten die räumliche Verteilung der Zuwanderung steuert. Nach § 45 Abs. 1 S. 1 AsylG könnten die Länder als Alternative zum Königsteiner Schlüssel einen anderen Verteilungsschlüssel vereinbaren. Eine solche Vereinbarung wurde aber bislang nicht beschlossen [4, S. 3].

Im Hinblick darauf, dass eine räumliche Lenkung der Zuwanderung vor allem bei der Erstverteilung rechtlich möglich ist, empfiehlt in diesem Zusammenhang der Beirat für Raumentwicklung beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, die schutzbedürftigen Zuwanderer bei der ersten Verteilung – unabhängig der Einwohnerzahl – in Räume zu leiten, die aufnahmefähig, aufnahmebereit und nicht bereits durch Wachstumstendenzen überlastet sind [5, S. 5].

Vor diesem Hintergrund wird in Kapitel 3 als Alternative zum Königsteiner Schlüssel ein Modellansatz zur Bestimmung von Potentialräumen zur Verteilung von Zuwandern beschrieben, der im Sinne eines Tools als Leitfaden und GIS-gestütztes Planungsinstrument für die Integration von Zuwanderern fungieren kann. Anhand der Anwendung des Modellansatzes und des Tools an ausgewählten Beispielen der Modellkommunen Gerolstein und Rockenhausen (Kap. 3.2.1) werden die Übertragbarkeit und die Reflexion der Erkenntnisse (5) abschließend beurteilt.

Erstverteilung von Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz 2015-2018

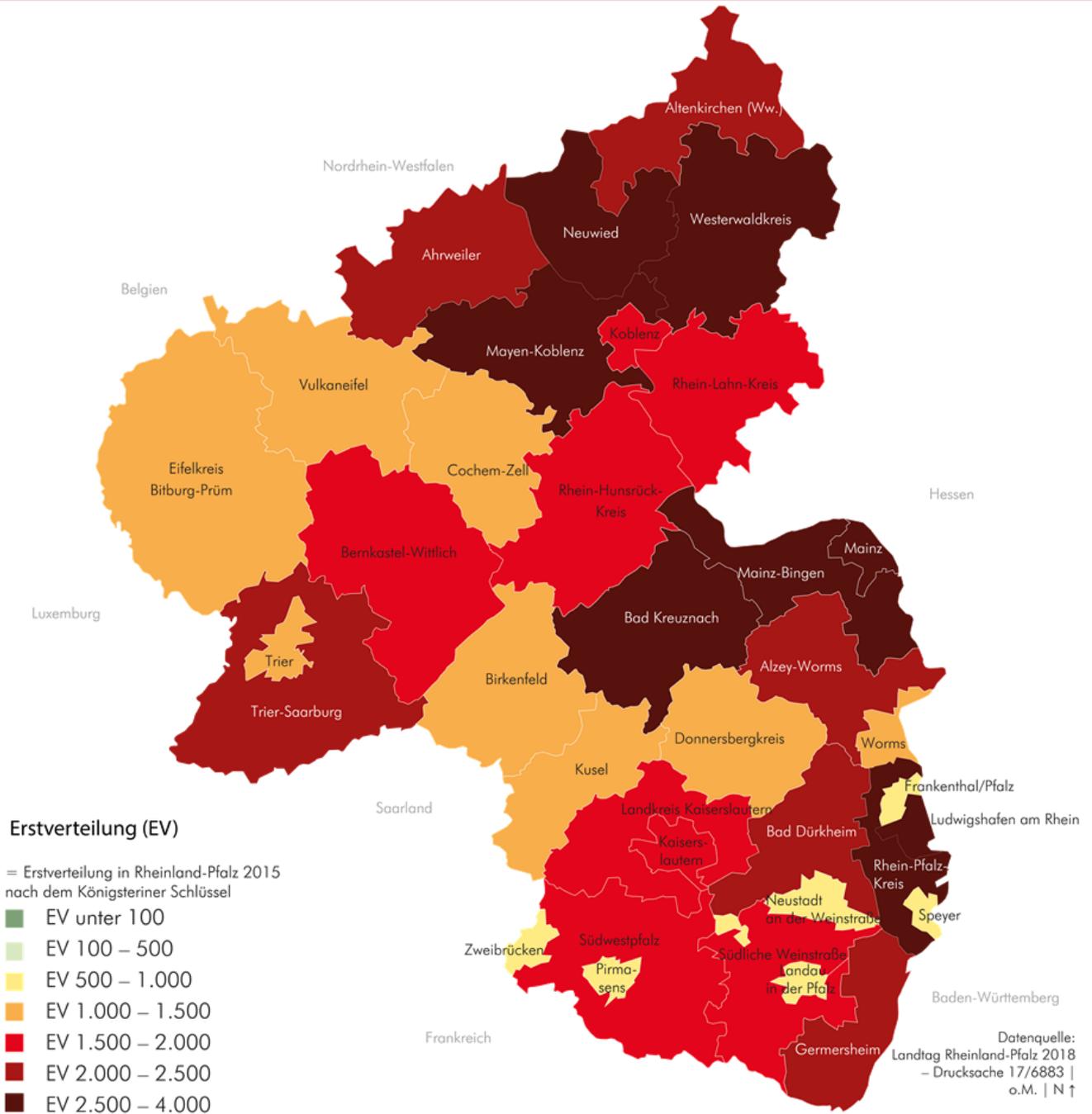


Abbildung 2: Erstverteilung von schutzbedürftigen Zuwanderern nach dem Königsteiner Schlüssel in Rheinland-Pfalz zwischen 2015 – 2018 (Eigene Berechnung der Senior-Forschungsprofessur Stadtplanung und Darstellung nach [7]).

3 Modellansatz zur Bestimmung von Potentialräumen der Verteilung von Zuwanderern: Tool als Leitfaden und GIS-gestütztes Planungsinstrument

3.1 Überörtliche Ebene der Landes- und Regionalplanung

Die Landes- und Regionalplanung kann zur Bestimmung von Potentialräumen zur Erstverteilung von Flüchtlingen, die aufnahmefähig, aufnahmebereit und nicht bereits durch Wachstumstendenzen überlastet sind, erforderliche Rauminformationen zur Verfügung stellen. Die Regionalplanung kann dazu beitragen, über entsprechende „Ziele“ und „Grundsätze“ in den Regionalplänen sowie durch Moderationsverfahren auf die Siedlungsentwicklung einzuwirken [5, S. 5].

Im Kontext der Erforschung relevanter Integrationsfaktoren stellen die räumlichen Betrachtung der Verteilung von Zuwanderern einen zentralen Forschungsgegenstand dar, wobei ein alternatives Verteilungsmodell zum Königsteiner Schlüssel nach quantitativen und qualitativen Aspekten entwickelt wurde. Hierbei wurde ein GIS-gestütztes Planungsinstrument erprobt, wobei der Prozess der räumlichen Verteilung von Zuwanderern und deren räumlichen Anforderungen wirksam berücksichtigt werden.

3.1.1 Alternativer Verteilungsansatz: Modellparameter auf überörtlicher Ebene

Zunächst werden in einem ersten Prüfschritt Potentialräume in den Landkreisen und kreisfreien Städten von Rheinland-Pfalz nach

- wirtschaftlichen (hohe Arbeitsplatzangebote/offene Stellen),
- wohnungsmarktbezogenen (hohe Wohnungsleerstandsquoten) und
- demographischen Faktoren (rückläufige Bevölkerungsentwicklungen durch negatives Wanderungssaldo)

quantitativ bestimmt (vgl. Abbildung 3).

Die Modellkommune Rockenhausen lässt sich nach diesem Prüfraster als primärer Potentialraum nach dem alternativen Verteilungsansatz charakterisieren, da alle drei Faktoren erfüllt sind, während für Gerolstein zwei von drei Kriterien zutreffen (vgl. Abbildung 3).

3.1.2 Alternativer Verteilungsansatz: Modellparameter auf überörtlicher Ebene

Eine Gegenüberstellung der Realverteilung nach dem Königsteiner Schlüssel und der alternativen Verteilung der schutzbedürftigen Zuwanderer nach dem zu Grunde gelegten Modellansatz zeigt deutlich, dass die Erstverteilung von schutzbedürftigen Zuwanderern nach dem Königsteiner Schlüssel im Zeitraum 2015 – 2028 weder kapazitäts- noch angebotsorientiert im Sinne der drei zu Grunde gelegten Modellparameter erfolgte (vgl. Abbildung 4). Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der von Entleerungs- und Entmischungstendenzen betroffenen Kommunen (vgl. Kap. 1) verfolgt der alternative Verteilungsansatz eine strategische Ausrichtung, um den lokalen Misständen (Leerstände, Abwanderung) aktiv zu begegnen.

Erstverteilung von Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz 2015-2018

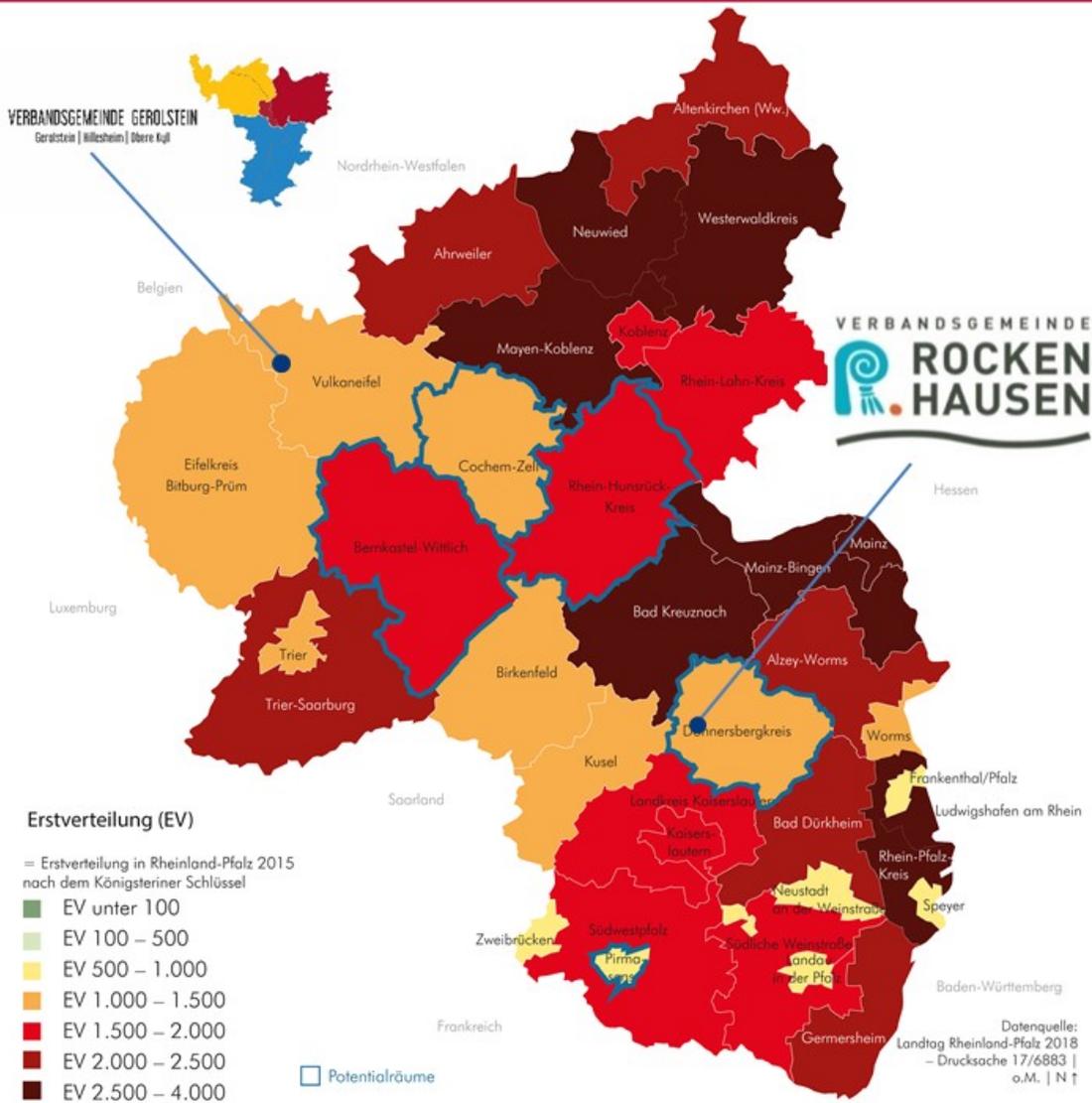


Abbildung 3: Überlagerung Potentialräume nach alternativem Verteilungsansatz und Realverteilung nach dem Königsteiner Schlüssel (Eigene Berechnung und Darstellung nach [7] [8]).

Modellansatz:

Geocodierung

10 und mehr <offene Stellen je 1.000 Erwerbsfähige

20-59 Jahre, Jahresdurchschnitt, 2015

+

5% und mehr Wohnungsleerstandsquote 2014

Bezogen auf den gesamten Wohnungsbestand
(MFH + EZFH)

+

≤-4 bis 0 je 1.000 EW 2010 bis 2014 p.a.

Wanderungssaldo

Potentialräume (Geocodierung) 

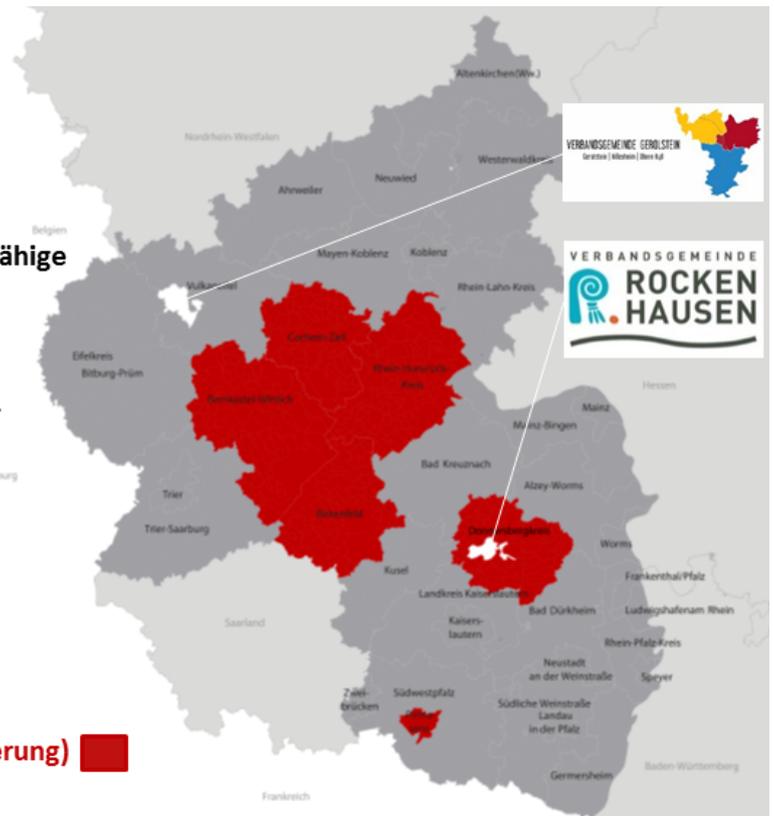


Abbildung 4: Modellansatz zur quantitativen Bestimmung von Potentialräumen zur Erstverteilung von Flüchtlingen (Senior-Forschungsprofessur Stadtplanung; nach [8])

3.2 Örtliche Ebene der kommunalen Bauleitplanung

3.2.1 Alternativer Verteilungsansatz: Modellparameter auf örtlicher Ebene

Nach einer quantitativen Verteilung der schutzbedürftigen Zuwanderer durch den Bund auf die Bundesländer innerhalb des Landes (vgl. Kap. 3.1) sollte in einem zweiten Prüfschritt eine Weiterverteilung auf die Kommunen unter Berücksichtigung von Restriktionen-, Konflikt- und Eignungskriterien erfolgen. Es wird dazu eine Methodik angewendet (vgl. Abbildung 5), die es ermöglicht, die Standorte für die Integration von Flüchtlingen unter Berücksichtigung der Anforderungen von Raumordnung, Landesplanung und Bauleitplanung zu bestimmen.

Die dabei zu beachtenden **Restriktionen** sind unter anderem Standorte, in denen aufgrund verbindlicher Regelungen keine Flüchtlinge untergebracht werden dürfen, z.B. Wasserschutzgebiete, Naturschutzgebiete u.a.m. (vgl. Kap. 3.2.2). Als **Konfliktfaktoren** sind beispielsweise Konkurrenzen mit anderen Bodennutzungen aufgrund raumordnerischer oder kommunaler Planung zu nennen, u.a. Nachbarschaft zu Vorrangflächen für Windenergie, Bodenschätze, Lärm-Immissionen durch Verkehr oder Betriebe (vgl. Kap. 3.2.3).

Zu den **Eignungsfaktoren** gehören unter anderem Angebote für Arbeitsplätze am örtlichen oder regionalen Arbeitsmarkt, leerstehende Mietwohnungen und Einfamilienhäuser, verfügbare Brachflächen oder auch soziale Integrationsbereitschaft der örtlichen Bevölkerung und Integrationsfähigkeit durch Organisationen und Vereine. Im Rahmen der Eignungsanalyse werden qualitative Aspekte („Integrationsmilieus“, wirtschaftliche, räumlich-funktionale Gegebenheiten) hinzugezogen, um die Integrationsfähigkeit der Räume erfassen und bewerten zu können (vgl. Kap. 3.2.4).

Methodisch-instrumentell werden in einem geographischen Informationssystem die infrastrukturellen, baulichen und räumlich-funktionalen Gegebenheiten in den Verbandsgemeinden analysiert und in Bezug gesetzt zu den Sozial- und Wirtschaftsstrukturen vor Ort.

Auf dieser Grundlage lassen sich integrationsbegünstigende Sozialräume und wirtschaftsstrukturelle Cluster identifizieren, die für die Integration relevant sein können und mögliche Haltefaktoren für die schutzbedürftigen Zuwanderer darstellen. Handlungsleitfäden für die räumliche Verteilung und Integration von Zuwanderern ergänzen diese kartographischen Analysen und bieten eine Hilfestellung zur Interpretation der Ergebnisse.

Leitführendes Ziel stellt die kommunale Anwendbarkeit (vgl. Kap. 4) und Übertragbarkeit dar, weshalb der vorliegende Praxisleitfaden als Ergebnisprodukt erarbeitet wurde.

Ablauf der Restriktions-, Konflikt- und Eignungsanalysen zur Bestimmung von Wohnbauflächen

Nachdem im ersten Prüfschritt auf überörtlicher Ebene Potentialräumen nach quantitativen Merkmalen identifiziert sind (vgl. Kap. 3.1), werden in einem zweiten Prüfschritt auf teilräumlicher Ebene flächendeckende Restriktions-, Konflikt- und Eignungsanalysen durchgeführt, um zunächst potentielle Wohnbauflächen identifizieren zu können.

Zielsetzung der Restriktions-, Konflikt- und Eignungsanalysen ist es, Wohnstandorte unter Berücksichtigung der Anforderungen von Raumordnung, Landesplanung und Bauleitplanung zu bestimmen. Auf der Ebene der Flächennutzungsplanung werden in der Regel Standorte für potentielle Wohnbauflächen ermittelt und dargestellt. Im Kontext der Ermittlung von Wohnbauflächenpotentialen werden solche Flächen gekennzeichnet, die für die beabsichtigte Wohnnutzung nicht in Frage kommen, sodass die verbleibenden Potentialflächen nach Lagegunst, Größe und Zuschnitt klassifizierbar sind.

Zunächst sind konzeptionelle Vorüberlegungen für die Analyse von Wohnbauflächenpotentialen auszuarbeiten. Es geht dabei um die zentralen Fragen, nach welchen planerischen Kriterien Standortentscheidungen zu treffen sind und welche Restriktionen sowie Konflikte auf den potentiellen Flächen (wie beispielsweise Schutzgebiete und Waldflächen) auf gesamtstädtischer Ebene existieren.

Mittels einer GIS-basierten Analyse lässt sich methodisch im Top-down-Prinzip eine flächendeckende Restriktions-, Konflikt- und Eignungsanalyse als Wohnbaulandpotentialanalyse (vgl. Abbildung 5) wie folgt durchführen.

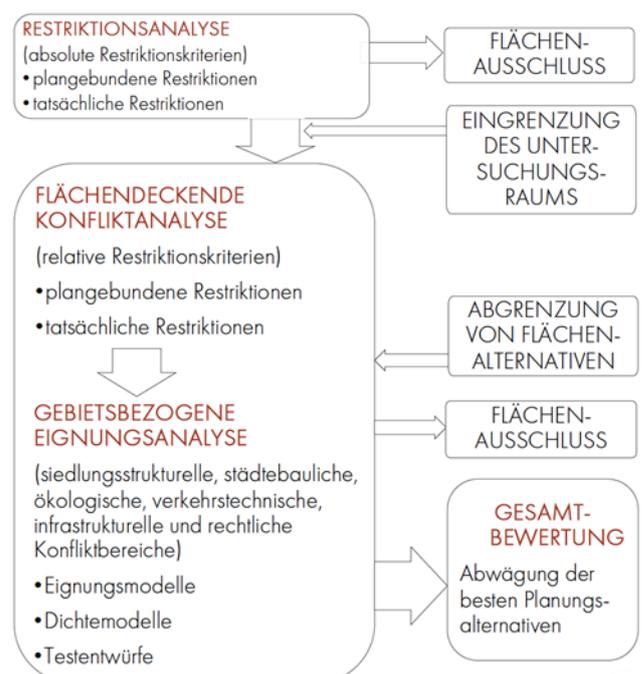


Abbildung 5: Ablauf Restriktions-, Konflikt- und Eignungsanalyse zur Bestimmung von Wohnbauflächen für die Unterbringung von Flüchtlingen (Eigene Darstellung nach [8]).

3.2.2 Schritt 1: Restriktionsanalyse

In einem ersten Schritt werden absolute Restriktionskriterien ermittelt, um den Untersuchungsraum einzugrenzen. Neben

- **naturräumlichen Einflüssen** (z.B. Wasserschutz- oder Überschwemmungsgebiete, geringe Bodentragfähigkeit, zu steile Flächen, erhaltenswürdige Vegetation), stellen
- **rechtliche** (bestehende Planungen, Grundstücksrechte, z.B. Eigentumsgrenzen, Grunddienstbarkeiten, Schutzbereiche bei Hochspannungsleitungen, Schutzgebietskategorien des Naturschutzes oder Trinkwasserschutzgebiete) und
- **technische** (vorhandene Gebäude oder Leitungen, Denkmäler) Faktoren ebenso verbindliche Restriktionen dar wie
- **umweltbezogene Aspekte** (Lärmimmissionen, Störfallbetriebe etc.).

Diese plangebundenen oder tatsächlichen Restriktionen haben eine gänzliche oder teilweise ausschließende Wirkung für die vorgesehene Wohnnutzung.

Die ausschließende Wirkung dieser Kriterien sind bei den einzelnen Flächennutzungsarten im Sinne des § 5 Abs. 2 BauGB verschieden. So ist zwischen unterschiedlichen Wirkungsarten und unterschiedlichem Wirkungsgrad zu unterscheiden. Durch die flächenhafte Überlagerung der einzelnen identifizierten Restriktionen entsteht eine kartografische, flächendeckende Darstellung von räumlichen Teilbereichen, die mit Restriktionen belegt sind und solchen, die frei von diesen Restriktionen sind.

3.2.3 Schritt 2: Konfliktanalyse

Anhand der flächendeckenden Konfliktanalyse werden in einem zweiten Schritt flächendeckend relative konfliktbehaftete Kriterien zur Abgrenzung von Flächenalternativen ermittelt.

Als Konfliktfaktoren sind beispielsweise Konkurrenzen mit anderen Bodennutzungen (u.a. die Nachbarschaft zu Vorrangflächen für Windenergie, Bodenschätze, Lärmimmissionen durch Verkehr oder Betriebe) durch Vorgaben der raumordnerischen oder kommunalen Planungen zu nennen. Zur Vermeidung von Zielkonflikten und zur Optimierung von Flächenalternativen für die zukünftige Wohnbaulandentwicklung empfiehlt es sich, eine umweltbezogene Konfliktanalyse durchzuführen. Neben

- **siedlungsstrukturellen/städtebaulichen** (Realnutzungen auf und direkt an Flächen, entgegenstehende städtebauliche Planungen),
- **ökologischen Aspekten** (Flächen zur Rohstoffsicherung/Bodenschätze, Vorrangflächen für Windenergie, Landschaftsschutzgebiete/Geschützte Landschaftsteile, regionale Grünzüge, landwirtschaftliche Flächen mit hohem ökologischem Wert, Wasserschutzgebiete Zone III, Denkmalschutz) gilt es hierbei, insbesondere
- **rechtliche Rahmenbedingungen** (Lärmimmissionen insb. durch Verkehr und Betriebe, Luftschadstoffe, Richtschutz und Bauschutzbereiche) zu beachten.

Die Analyse erfolgt – soweit möglich – bezogen auf die Umweltschutzgüter flächendeckend. Die Bewertung der einzelnen Flächenpotenziale ist nicht rechtlich legitimiert und erfolgt nicht durch reines Aufsummieren der Konfliktpunkte, da diese in ihrer Bedeutung untereinander und bezogen auf die Wirkung am jeweiligen Standort unterschiedlich zu bewerten sind.

Die Bewertung erfolgt daher verbal argumentativ unter Berücksichtigung der jeweiligen Standortcharakteristika. So können Flächen ausgeschlossen werden, wenn aufgrund der identifizierten Konfliktpunkte nicht davon auszugehen ist, dass diese als Wohnbauflächen entwickelt werden können. Zudem sollten solche Flächen in einem Reservepool zurückgestellt werden, die erst langfristig entwickelt werden können bzw. die aus Sicht der Kommune eigentumsrechtlich nicht unmittelbar verfügbar sind. Darüber hinaus sind Flächen, die bereits nach dem gegenwärtigen Flächennutzungsplan als Wohnbauflächen entwickelt werden können, im Kontext der Restriktions-, Konflikt- und Eignungsanalyse nicht weiter zu betrachten.

3.2.4 Schritt 3: Eignungsanalyse

Die durch die Schritte (1) und (2) zusammengeführten Potentialflächen, die ein grobes Gerüst aus denkbaren, neuen Wohnstandorten darstellen, sind einer gebietsbezogenen Eignungsanalyse zu unterziehen, die insbesondere

- **städtebauliche Kriterien** (v.a. Einbindung in den städtebaulichen Kontext, Wahrung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse, Art und Maß der baulichen Nutzung, Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche, gesicherte Erschließung, keine Beeinträchtigung des Ortsbildes, verfügbare Baulücken und Brachflächen),

- **ökologische Kriterien** (Nähe zu Frei- und Naherholungsflächen; Nähe zu Spiel- und Sportplätzen),
- **soziale Kriterien** (insb. Angebot und Nähe zu Bildungsinfrastruktur und medizinische Versorgung; Milieu-Struktur/soziales Umfeld zur Bestimmung der lokalen Integrationsbereitschaft der örtlichen Bevölkerung, Integrationspotentiale durch lokale Organisationen und Vereine, Sicherheit am Wohnstandort; Nähe zu Kultureinrichtungen, Image des Standorts; Nähe zu Versorgungseinrichtungen des periodischen, täglichen Bedarfs und des aperiodischen Bedarfs),
- **ökonomische Kriterien** (insb. bestehende wirtschaftsstrukturelle Cluster und Angebote auf dem regionalen bzw. lokalen Arbeitsmarkt, Zentralität, bezahlbare Grundstücks- und Immobilienpreise, verfügbarer und qualitativ adäquater Wohnraum (leerstehende Einfamilienhäuser für Familien und Wohnungen für Ein- und Zweipersonenhaushalte), Mobilitätskosten/Nähe zum Ausbildungs- und Arbeitsplatz),
- **verkehrstechnische Kriterien** (insb. ÖPNV-Angebot, Fuß- und Radwegeerschließungen) und
- **infrastrukturelle Kriterien** (insb. Anliegende Medien und lokales Energieangebot) beinhalten sowie
- **die Eigentumsverhältnisse** (insb. kommunaler Bestand oder privat) berücksichtigen sollte.

Die abschließende Beurteilung des Wohnstandortes sollte aus kommunaler Sicht neben den dargestellten wohnumfeldbezogenen Aspekten auch **gebäudespezifische Qualitätskriterien** (kommunaler oder privater Bestand, Größe, Mietpreise (Nettokaltmiete und Übernahme von Nebenkosten), Zuschnitt, energetische Aspekte, qualitativer Zustand, Breitbandanbindung etc.) berücksichtigen. Geflüchtete sollten angemessen und menschenwürdig untergebracht werden. Darauf sind die Regionen sehr unterschiedlich vorbereitet. Die Bereitstellung günstigen Wohnraums ist je nach Siedlungs- und Regionstyp eine spezifische Langfristaufgabe.

In Bezug auf die aufgeführten städtebaulichen Regelungen, ist darauf hinzuweisen, dass die eingeführten und zeitlich befristeten Sonderregelungen im Bau- und Planungsrecht, die unter anderem den Bau von Flüchtlingsunterkünften in Gewerbegebieten und an belasteten Standorten ermöglichen, nicht zu einer Nivellierung beziehungsweise Rücknahme der Umweltversorgungsstandards im Bereich der Raumplanung führen dürfen (Aufweichung des räumlichen Trennungsgrundsatzes als Planungsmaxime des § 50 BImSchG). Vielmehr sollte sichergestellt werden, dass für die Flüchtlinge prinzipiell – insbesondere bei langjähriger Unterbringung – dieselben Umweltvorsorgestandards zur Anwendung gebracht werden, wie es für die Ortsansässigen der Fall ist. Die bisherigen Umweltvorsorgestandards dürfen nicht nach unten korrigiert werden.

Das Tool als Leitfaden und GIS-basierte Restriktions-, Konflikt- und Eignungsanalysen ermöglicht, raum- und planungsbezogen quantitative und qualitativen Kriterien zu erfassen und standortbezogen zu Über-

lagern, um die Integrationsfähigkeit der Räume beurteilen zu können.

3.2.5 Milieu-Analyse als sozialräumliches Leitkriterium im Rahmen der Eignungsanalyse

Die durch GIS-basierte Restriktions-, Konflikt- und Eignungsanalyse identifizierten Potentialräume werden mit mikrogeografischen Milieudaten ergänzt, um eine sozialräumliche Beurteilung der Wohnstandorte von schutzbedürftigen Zuwanderern vorzunehmen. Als Hintergrundinformation wird zunächst erläutert, was unter dem „Milieu-Begriff und dem Sinus-Milieu-Modell“ zu verstehen ist (vgl. Kap. 3.2.5.1) und worin Mehrwerte für die Kommunalentwicklung im Allgemeinen und speziell im Kontext der Integration von Zuwanderern liegen kann (3.2.5.2), ehe zusammenfassend Milieu-Kurzprofile einen Überblick über die Gesellschaft und die milieuspezifischen Haltungen gegenüber der Integration von Zuwanderern (vgl. Kap. 3.2.5.3) liefern.

3.2.5.1 Begriffliche Einordnung

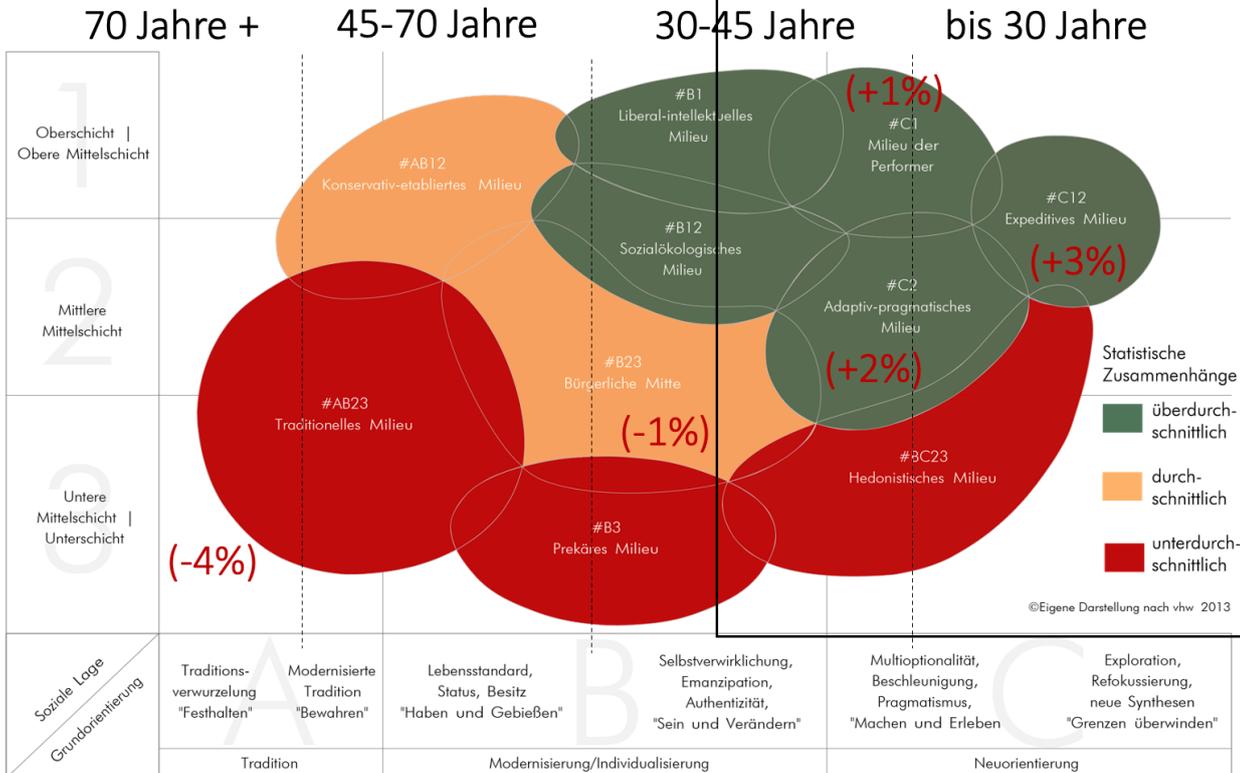
Durch die mit dem gesellschaftlichen Wandel einhergehenden Prozesse der Individualisierung und Pluralisierung von Lebensstilen etablieren sich in der soziologischen Fachliteratur die Begriffe „Milieu“ und „Lebensstil“ als Ausdruck veränderter sozialstruktureller Gegebenheiten. Sie lösen die überholte Einteilung der Gesellschaft in Klassen und Schichten ab, da diese auf rein soziodemographische Kriterien, wie z.B. Alter oder Berufsstand ausgerichtet sind [9, S. 4]. Der Ausdruck „Milieu“ umfasst das soziale Umfeld sowie die Umgebung, in der ein Mensch lebt und die ihn prägt, wodurch der Begriff auf eine Relation zwischen dem Raum und seinen sozialen Strukturen hindeutet. Mit „Lebensstilen“ können hingegen temporäre Vorzüge, wie z. B. Wohneinrichtungsstile suggeriert werden [9, S. 14].

3.2.5.2 Das Sinus-Milieu-Modell – Mehrwerte für die Kommunalentwicklung im Kontext der Integration von Zuwanderern:

Das Sinus-Milieu®-Modell (vgl. Abbildung 6) fasst Menschen zusammen, die sich in ihrer Lebensauffassung und in ihrer Lebensweise ähneln („Junge Milieus“ = „C-Milieus“, Sinus C1 + C12 + C2 + BC23; „Moderne Elite-Milieus“ = Sinus B1 + C1; „Postmateriell geprägte Milieus“ = Sinus B1 + B12). Die Sinus-Milieus® gruppieren Menschen nach subjektiven Präferenzen und Wertschätzungen. Einstellungen zu zentralen Lebensbereichen wie Arbeit, Familie, Freizeit und Konsum werden vom Sinus-Institut als identitätsstiftender und damit aussagekräftiger angesehen als rein objektive Merkmale wie Alter und Einkommen .

Die Sinus-Milieus®

Bereitschaft, sich gegenwärtig oder zukünftig im Bereich der Integration von Migranten vor Ort zu engagieren



„Zukunftsmilieus“ (Veränderungen seit 2010)

Abbildung 6: Sinus-Milieus® und ihre Bereitschaft, sich gegenwärtig oder zukünftig im Bereich der Integration von Migranten vor Ort zu engagieren (Eigene Darstellung nach [11]).

Eine solche Einteilung ermöglicht präzisere Einschätzungen zu verschiedensten Themengebieten der Kommunalentwicklung, die insbesondere auf kleinräumiger Basis bedeutsam sind, so wie die Integration von Zuwanderern oder auch das subjektive Sicherheitsempfinden. Grundlegende Werteorientierungen als auch soziodemographische Parameter wie Altersklassen oder Beruf werden dem Sinus-Milieu-Modell® ebenso zu Grunde gelegt wie Alltagseinstellungen zu den Themen Familie, Geld/Konsum, Freizeit oder auch das Wohn- oder Wahlverhalten. Demzufolge nutzen führende Markenhersteller und Dienstleistungsunternehmen die Erkenntnisse der Sinus-Milieu®-Forschung ebenso wie Medienunternehmen, Werbeagenturen, aber auch Bereiche des öffentlichen Sektors, wie Kirchen und Kommunen.

Die aktuelle Milieu-Landschaft (vgl. Abbildung 6) differenziert die Positionen der verschiedenen Milieus in der Gesellschaft nach sozialer Lage und Grundorientierung. Je höher ein bestimmtes Milieu in dieser Grafik angesiedelt ist, desto gehobener sind Bildung, Einkommen und Berufsgruppe. Je weiter sich das Milieu in der Grafik nach rechts erstreckt, desto moderner im soziokulturellen Sinn ist die Grundorien-

terierung des jeweiligen Milieus. Die Grenzen zwischen den Milieus sind nicht starr. Nach Auffassungen des Sinus-Instituts sind Lebenswelten nicht so exakt eingrenzbar wie soziale Schichten. Das Sinus-Institut bezeichnet die Übergänge zwischen den Sinus-Milieus® als „Unschärfe-Relation der Alltagswirklichkeit“ [9, S. 14]. Die milieuspezifischen Unterschiede („Welche Milieus stehen der Zuwanderung und Integration von Migranten positiver gegenüber als andere Gesellschaftsgruppen?“) als auch die Erklärungszusammenhänge belegen, warum das Thema Integration von den einzelnen Milieus unterschiedlich eingeschätzt wird. Durch die empirische Absicherung mittels externer (z.B. vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.) und interner (u.a. wissenschaftlicher Beirat des Sinus-Instituts) wissenschaftliche Begleitungen besitzt das Sinus-Milieu-Modell® einen hohen Aktualitätsgehalt und wird stetig fortgeschrieben. Speziell durch die Möglichkeit der räumlichen Projektion in die Fläche (vgl. Abbildung 11) können einzelne Milieus und somit einzelne Zielgruppen nach einem evidenzbasierten Ansatz bestimmt und gesamt- als auch teilräumlich lokalisiert werden [9].

Vor diesem Hintergrund wird im vorliegenden Modellansatz zur Bestimmung von Potentialräumen der Verteilung von schutzbedürftigen Zuwanderern auf der örtlichen Ebene zunächst angenommen, dass bestimmte Milieutypen als besonders sozialverträglich im Sinne stabiler Nachbarschaftsstrukturen charakterisiert werden können, da ihnen in vorliegenden Untersuchungen ein gutes Zusammenleben mit Zugezogenen als auch mit Migranten in Wohnquartier und Nachbarschaft attestiert sowie ein ausgeprägtes Kohäsionspotenzial unterstellt werden [9, S. 256]. Somit könnte eine räumliche Verteilung von ausländischen Zuwanderern in der räumlichen Nähe zu potenziell dominierenden „Integrationsmilieus“ (vgl. Abbildung 6) sinnvoll sein.

Die Anforderungen der Traditionellen Milieus an Wohnstandorte und deren Engagement-Bereitschaft im Bereich der Integration von Zuwanderern

Anhand der Traditionellen Milieus soll exemplarisch verdeutlicht werden, warum sie sich unterdurchschnittlich im Bereich der Integration von Migranten engagieren. So besteht im Kern die Grundtendenz der Traditionellen Milieus darin, Veränderungen zu vermeiden und den altbewährten Ist-Zustand zu pflegen. Die Traditionellen Milieus leben oftmals an einem Ort, ohne dabei an dem gesellschaftlichen Leben vor Ort aktiv teilzunehmen. Der Wohnraum und die Nachbarschaft im Quartier stellen für die Traditionellen „das unmittelbare lebensweltliche Zentrum“ dar [11, S. 263]. Sie sind emotional stark mit dem Wohnumfeld verbunden und verlassen dieses grundsätzlich auch nur ungern. Bedingt durch das hohe Alter sind die Angehörigen des Traditionellen Milieus auf wohnstandortnahe, lokale Infrastrukturangebote, wie beispielsweise die Nähe zu vertrauten medizinischen Versorgungseinrichtungen bzw. Einkaufsmöglichkeiten angewiesen. Auch wenn sie selbstständig agieren möchten, wird den Traditionellen

Milieus ein solches Handeln erschwert, sobald sie diese lokalen Gegebenheiten nicht vorfinden. Bedingt durch die Tatsache, dass sich in peripheren Räumen die Infrastrukturangebote reduzieren, sind die Traditionellen Milieus vermehrt auf gute ÖPNV-Angebote angewiesen. Die (gefühlte) subjektive Sicherheit im Quartier spielt für die Angehörigen des Traditionellen Milieus eine zentrale Bedeutung. Baulich-räumliche, nutzungsspezifische oder gesellschaftliche Veränderungen im Quartier lösen bei den Traditionellen Milieus Misstrauen aus, wodurch ein solcher Wandel für sie eher unnahbar erscheint. Die fehlende Transparenz und das mangelnde Verständnis, solche Prozesse nachvollziehen zu können, lösen bei den Traditionellen Milieus Unsicherheiten aus. Diese misstrauende und verunsicherte Grundhaltung der Traditionellen Milieus drückt sich auch oftmals gegenüber zugezogenen Migranten aus [11, S. 263].

Die Anforderungen der Expeditiven Milieus an Wohnstandorte und deren Engagement-Bereitschaft im Bereich der Integration von Zuwanderern

Im Gegensatz zu den Traditionellen Milieus soll an dieser Stelle die hohe Engagement-Bereitschaft der Expeditiven Milieus im Bereich der Integration von Zuwanderern anhand der Beschreibung ihrer Anforderungen an Wohnstandorte beleuchtet werden. Als Repräsentanten der jüngsten Altersgruppen präferieren die Expeditiven Milieus primär einen urbanen Lebensstil, der sich in dem „Wunsch nach einem anregenden und lebendigen Lebens- und Wohnumfeld“ ausdrückt [10, S. 253]. Der Wohnstandort besitzt für die als kritisch-kreativ geltenden, Expeditiven Milieus einen „Übergangscharakter“, da sie ein wanderungsaktives Schwarmverhalten kennzeichnet. Räumlich betrachtet werden primär die innerstädtischen, zentralen „Trend-Quartiere“ von den kritisch-kreativen Milieus präferiert. Insbesondere die Expeditiven wollen das innerstädtische Großstadtleben „am Puls der Zeit“ erleben. Bedingt durch das niedrige Einkommen stellen die innerstädtischen, meist hohen Mietpreise in den von den Expeditiven präferierten, zentralen Wohnlagen oftmals eine große Hürde für sie dar. Mit Blick auf die kommunale Zukunftsfähigkeit (vgl. Kap. 1) ist es eine besondere Herausforderung für ländlich peripher geprägte Gemeinden, den Expeditiven Milieus Haltefaktoren zu bieten. Abhängig von der Lebenslage und Lebensphase setzen die kritisch-kreativen Milieus unterschiedliche Prioritäten und Anforderungen an den Wohnstandort voraus. Die unmittelbare Nähe zu Kindergärten und Schulen stellen für junge Familien mit Kindern einen wichtigen Standortfaktor dar. Speziell für die jungen Angehörigen des Expeditiven Milieus spielt die Nähe zu guten Bildungs- und Arbeitsplatzangeboten eine wichtige Rolle. Die Angehörigen der kritisch-kreativen Milieus engagieren sich im Gegensatz zu anderen Milieus in ihren Altersklassen überdurchschnittlich stark an Planungs- und politischen Entscheidungsprozessen in der Kommune [10, S. 254]. Das Interesse an der Mitgestaltung der baulichen und sonstigen Entwicklungen im direkten Wohnumfeld ist stark ausgeprägt [10, S. 256]. Durch ihren flexiblen und mobilen Lebensstil stellen die kritisch-kreativen Milieus unterschiedliche Ansprüche an das Wohnumfeld. Insbesondere die Zusam-

mensetzung der Nachbarschaft und die Wohnlage sind von besonderer Relevanz. Das Wohnen besitzt für die kritisch-kreativen Milieus aufgrund von Lebensphase und Lebensstil den skizzierten Übergangscharakter, da sie sich nicht endgültig an einen Wohnort binden wollen bzw. können. Im Gegensatz zu anderen Milieus besitzen Attribute wie Qualität und Bedeutung von Wohnen, Quartier und Nachbarschaft einen differenzierten Stellenwert. Das Wohnumfeld soll für sie durch eine vielfältige Sozialstruktur geprägt sein, sie sind sehr offen gegenüber Statusschwächeren und ethnischen Minderheiten. Für die kritisch-kreativen Milieus stellt eine vielfältige Sozialstruktur somit eine Inspiration und Bereicherung dar. Demzufolge stellt speziell die soziale Integration von Migranten in das Wohnquartier ein bedeutsamer Faktor für die kritisch-kreativen Milieus dar [10, S. 255]. Da sie zentrale Wohnlagen präferieren und fortschrittlich leben möchten, sind die kritisch-kreativen Milieus auch toleranter gegenüber dem Verkehrslärm als andere Milieus, die ruhigere Wohngegenden bevorzugen. Diese Toleranz drückt sich ebenfalls in der Nachbarschaft aus: Da die kritisch-kreativen Milieus grundsätzlich ein vielfältiges Umfeld favorisieren, sind sie gegenüber den anderen Quartiersbewohnern sehr zugänglich. Ein attraktives und impulsives Quartier erfordert für die Expeditiven Milieus Orte zur kreativen und individuellen Verwirklichung: Neben gastronomischen (Bars, Kneipen, Szenelokale) und kulturellen Einrichtungen (Kinos Diskotheken) sollte in unmittelbarer räumlichen Nähe auch die Möglichkeit gegeben sein, sich selbst entfalten zu können. Den Wunsch, sich ihr Leben selbst und individuell gestalten zu können, möchten die kritisch-kreativen Milieus auch an ihrem Wohnstandort ausleben können. Im Kontrast zu anderen Milieus haben die Expeditiven Milieus keinen starken persönlichen Bezug zu ihrer Nachbarschaft. Durch Hauspartys können sie mit ihrem Lebensstil in der Nachbarschaft auch negativ auffallen. Das tägliche Leben der Expeditiven Milieus findet nicht unbedingt in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung statt. Auch andere Stadtteile umfassen ihren Aktionsradius, da diese Milieus schließlich räumlich flexibel und mobil sind. Ihre Freizeit wollen die kritisch-kreativen Milieus daher ebenfalls flexibel und individuell gestalten. Durch ihre Mobilitätsbereitschaft sind sie auf eine gute ÖPNV-Verbindung angewiesen, um individuell und frei agieren zu können und nicht an einen Ort gebunden zu sein [10, S. 255].

3.2.5.3 Kurzcharakteristiken zu den Sinus-Milieus®

Anhand der nachfolgenden Kurzcharakteristiken soll eine Profilierung der zehn Sinus-Milieus® erfolgen. Auf ausführliche Hintergrundinformationen und aktuelle Dokumentationen des Sinus-Instituts (<https://www.sinus-institut.de>) und des vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (<https://www.vhw.de/forschung-und-politik/urbaner-wandel-gesellschaftl-zusammenhalt/migration-und-integration/>) sowie auf diverse Publikationen [9] wird an dieser Stelle zur Vertiefung der Thematik verwiesen.

Kurzcharakteristik zu den sozialgehobenen Milieus

- **Konservativ-Etabliertes Milieu** – Das klassische Establishment: Verantwortungs- und Erfolgsethik; Exklusivitäts- und Führungsansprüche, Standesbewusstsein; zunehmender Wunsch nach Ordnung und Balance.

Konservativ-Etablierte Milieus leben zumeist in Nachbarschaft zu statusgleichen Milieus. Der Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund ist daher nicht unmittelbar alltäglich gegeben, sodass sie eine durchschnittliche Engagement-Bereitschaft im Bereich der Integration von Migranten zeigen.

- **Liberal-Intellektuelles Milieu** – Die aufgeklärte Bildungselite: kritische Weltsicht, liberale Grundhaltung und postmaterielle Wurzeln; Wunsch nach Selbstbestimmung und Selbstentfaltung.

Liberal-Intellektuellen Milieus ist ein gutes Zusammenleben in Quartier und Nachbarschaft wichtig, so auch die Integration. Sie gelten daher als „Integrationsmilieus“. In ihrem Wohnumfeld leben häufig Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund, allerdings handelt es sich tendenziell hierbei eher um statushöhere Migranten aufgrund der hochpreisigen Wohnlagen.

- **Milieu der Performer** – Die multi-optionale, effizienzorientierte Leistungselite: globalökonomisches Denken; Selbstbild als Konsum- und Stil-Avantgarde; hohe Technik und IT-Affinität; Etablierungstendenz, Erosion des visionären Elans.

Bei den Milieus der Performer sind Berührungspunkte zu Migranten tendenziell nicht gegeben, da sie aufgrund ihrer lebensweltlichen Gegebenheiten und Interaktionsradien wenig Bezugspunkte zu den Migranten haben. Performer präferieren urbane Lagen aufgrund ihres Lebensstils und der damit verbundenen hohen beruflichen und privaten Mobilität. Sie bevorzugen primär qualitativ hochwertige Wohnlagen, die aufgrund der hohen Immobilienpreise eher nicht mit statusschwächeren Nachbarschaften besetzt sind.

- **Expeditives Milieu** – Die ambitionierte kreative Avantgarde: Transnationale Trendsetter – mental, kulturell und geografisch mobil; online und offline vernetzt; nonkonformistisch, auf der Suche nach neuen Grenzen und neuen Lösungen.

Die Expeditiven Milieus sind anderen Kulturen und neuen Eindrücken gegenüber sehr offen und sehen sie als Bereicherung für ihr eigenes Leben an. Sie leben und präferieren Vielfalt und Integration, sodass ein ausgeprägtes Kohäsionspotenzial mit Brückenfunktion zu weniger gut statuierten Gruppen attestiert werden kann.

Milieus der Mitte

- **Bürgerliche Mitte** – Der leistungs- und anpassungsbereite bürgerliche Mainstream: generelle Bejahung der gesellschaftlichen Ordnung; Wunsch nach beruflicher und sozialer Etablierung, nach gesicherten und harmonischen Verhältnissen; wachsende Überforderung und Abstiegsängste.

Die Milieus der Bürgerlichen Mitte leben in direkter Wohnumgebung zu statusgleichen Milieus. Anfängliche Vorbehalte gegenüber Fremden zeigen sich zunächst oftmals in Tendenzen (Unbehagen und Distanz zur kulturellen Vielfalt), wobei sie sich ihnen gegenüber allerdings nicht versperren, sondern mit einer gewissen Offenheit begegnen.
- **Adaptiv-pragmatisches Milieu** – Die moderne junge Mitte mit ausgeprägtem Lebenspragmatismus und Nützlichkeitsdenken: Leistungs- und anpassungsbereit, aber auch Wunsch nach Spaß und Unterhaltung; zielstrebig, flexibel, weltoffen – gleichzeitig starkes Bedürfnis nach Verankerung und Zugehörigkeit.

Die Adaptiv-pragmatischen Milieus haben noch eine stärkere Offenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Einflüssen und Kulturen ethnischer Vielfalt als die Milieus der Bürgerlichen Mitte. Sie leben oft in Wohnlagen mit direkten Berührungspunkten zu Personen aus diesen Kulturkreisen und besitzen daher eine potenzielle Brückenfunktion für die interkulturelle Integration.
- **Sozialökologisches Milieu** – Engagiert gesellschaftskritisches Milieu mit normativen Vorstellungen vom „richtigen“ Leben: ausgeprägtes ökologisches und soziales Gewissen; Globalisierungs-Skeptiker, Bannerträger von Political Correctness und Diversity (Multikulti).

Die Sozialökologischen Milieus sind grundsätzlich offen gegenüber Neuem, gegenüber kultureller Vielfalt und interkulturellem Miteinander, sodass eine gewisse Partizipationsbereitschaft gegeben ist.

Milieus der unteren Mitte/Unterschicht

- **Traditionelles Milieu** – Die Sicherheit und Ordnung liebende ältere Generation: verhaftet in der kleinbürgerlichen Welt bzw. in der traditionellen Arbeiterkultur; Sparsamkeit und Anpassung an die Notwendigkeiten; zunehmende Resignation und Gefühl des Abgehängtseins.

Für die Angehörigen des Traditionellen Milieus ist ein gutes Zusammenleben im Quartier und vor allem in der unmittelbaren Nachbarschaft wichtig, da sie sich nur so sicher und akzeptiert fühlen. Sie nehmen nicht selten in Wohnlagen mit statusschwachen Milieus teilweise eine „Pufferfunktion“ zu diesen Gruppen ein. Es kann aber auch sein, dass sie relativ isoliert und kontaktarm neben anderen

Milieus in ihrem Wohnumfeld leben. Vorbehalte und Zurückhaltung gegenüber Fremden und Veränderungen führen dazu, dass sie sich tendenziell eher zurückziehen, als dass sie sich selbst für ein gutes Zusammenleben im Quartier aktiv einzusetzen.

- **Prekäres Milieu** – Die um Orientierung und Teilhabe („dazu gehören“) bemühte Unterschicht: Wunsch, Anschluss zu halten an die Konsumstandards der breiten Mitte – aber Häufung sozialer Benachteiligungen, Ausgrenzungserfahrungen, Verbitterung und Ressentiments.

Die Wohnlagen der Prekären Milieus sind einerseits durch kulturelle Vielfalt und zugleich durch statusschwächere Milieus geprägt. Ein gutes Zusammenleben ist für die Prekären Milieus nicht signifikant wichtig, es besteht die kommunale Herausforderung diesen Milieus eine positive Perspektive (gesellschaftlich, beruflich) zu bieten.

- **Hedonistisches Milieu** – Die spaß- und erlebnisorientierte moderne Unterschicht/untere Mitte: Leben im Hier und Jetzt, unbekümmert und spontan; häufig angepasst im Beruf, aber Ausbrechen aus den Zwängen des Alltags in der Freizeit.

Die Hedonistischen Milieus stehen dem Thema Integration aufgeschlossener gegenüber und haben öfter Kontakt mit Migranten als insbesondere die Prekären Milieus. Sie gehen mit kultureller Vielfalt offener um, ecken mit ihrer Art und ihrem Lebensstil jedoch auch an, wodurch sie provokant auf andere wirken.

4 Praxisbezogene Anwendung des Modellansatzes und der Tools am Beispiel der Modellkommunen Gerolstein und Rickenhausen

Im Folgenden werden auserwählte kartographische und analytische Teil-Ergebnisse des BMBF-Modellvorhabens „Kommunen innovativ IN2 – Innovative Formate zur Integration von Zuwanderern in Regionen mit hohen demografischen Herausforderungen“ für die Kommune Gerolstein unter Wahrung datenschutzrechtlicher Bestimmungen exemplarisch dargestellt, um die Anwendbarkeit des Modellansatzes in der kommunalen Praxis zu demonstrieren.

Ausgehend von der überörtlichen Eignungsprüfung als Potentialräume für die Integration von Zuwanderern nach den

- wirtschaftlichen (hohe Arbeitsplatzangebote/offene Stellen),
- wohnungsmarktbezogenen (hohe Wohnungsleerstandsquoten) und
- demographischen (rückläufige Bevölkerungsentwicklungen durch negatives Wanderungssaldo)

Modellparametern (vgl. Kap. 3.1.2 und Abbildung 2) werden im Folgenden auserwählte und zentrale Erkenntnisse der Eignungsanalyse auf örtlicher Ebene aufgezeigt.

Wechselwirkungen zwischen lokalen Angeboten und der Nachfrage von Zuwanderern im räumlich-funktionalen Kontext identifizieren und lokalisieren

Die lokal verfügbaren Angebote stehen der Nachfrage der Bevölkerung und den schutzbedürftigen Zuwanderern entgegen, die – losgelöst von Standortfragen – insbesondere sprachliche und kulturelle Herausforderungen bewältigen müssen (vgl. Abbildung 7). Die Beurteilung der Verfügbarkeit der lokalen Angebote und der spezifischen Nachfrage der Migranten ist im räumlich-funktionalen Gesamtzusammenhang zu erfassen und zu beurteilen. Für die Integration bedeutsame soziale Kriterien, wie die Nähe und Erreichbarkeit von Bildungs- und Nahversorgungseinrichtungen, sind abhängig von den verkehrstechnischen Aspekten (ÖPNV-Angebot, Fuß- und Radwegerschließungen) und somit ganzheitlich zu beurteilen. Das bedeutet, dass die Daseinsgrundfunktionen und Haltefaktoren (vereinfacht dargestellt in der Abbildung 7) nicht isoliert, sondern deren Wechselwirkung zu identifizieren, lokalisieren und zu bewerten sind.

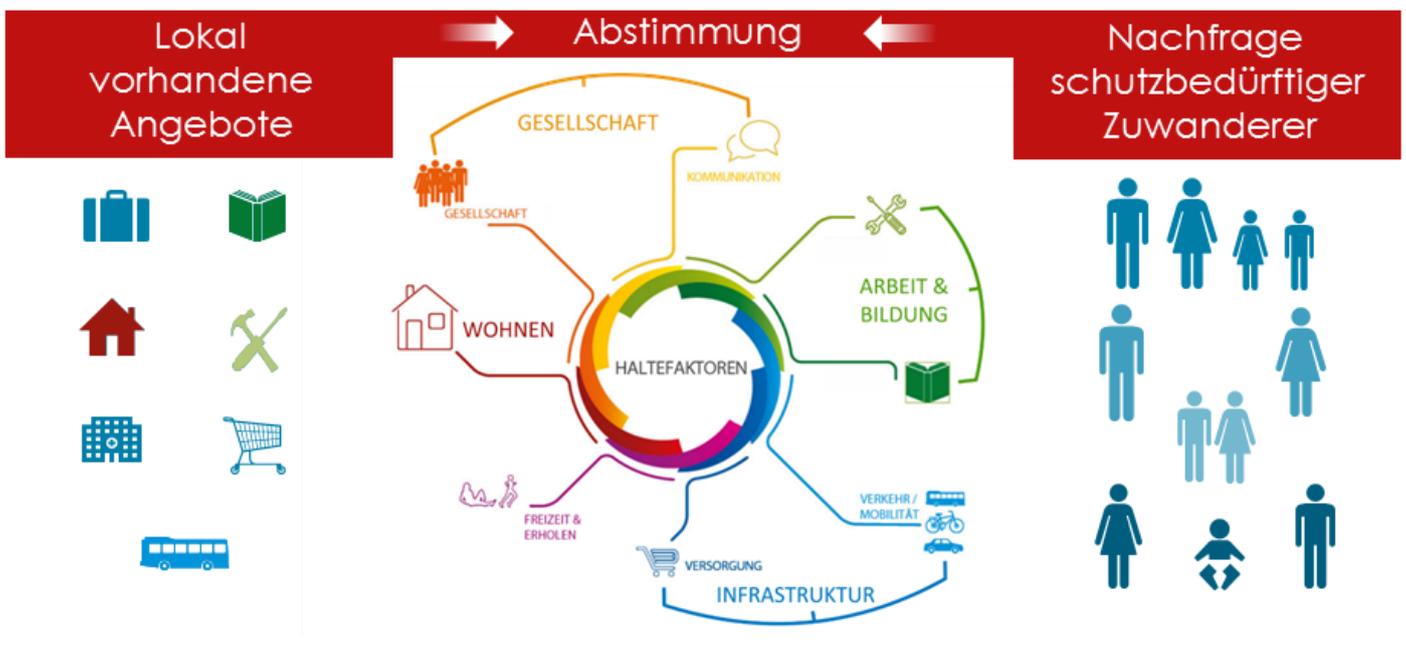


Abbildung 7: Wechselwirkung zwischen lokalen Angeboten und der Nachfrage von Zuwanderern im räumlich-funktionalen Kontext (Darstellung Senior-Forschungsprofessur Stadtplanung, 2019).

Anwendung des Tools GIS-basierte Eignungsanalyse zur Identifikation und Lokalisierung der Wechselwirkungen zwischen lokalen Angeboten und der Nachfrage von Zuwanderern im räumlich-funktionalen Kontext

Anhand des Tools ist es möglich, räumliche Qualitäten und Defizite im Sinne der guten bzw. fehlenden fußläufigen Erreichbarkeit sowie der Verfügbarkeit qualitativer Nahversorgungsangebote in Abhängigkeit der ÖPNV-Taktung zu lokalisieren und die Standortbegabung zu beurteilen (vgl. Abbildung 8). Im Sinne eines bürgerorientierten und barrierearmen Zugangs zu lokalen Angeboten und kommunalen Einrichtungen lassen sich Lösungsansätze auf dieser Grundlage bestimmen.

Erreichbarkeitsanalysen: ÖPNV-Haltestellen, Bildungs- & Nahversorgungseinrichtungen in der VG Gerolstein

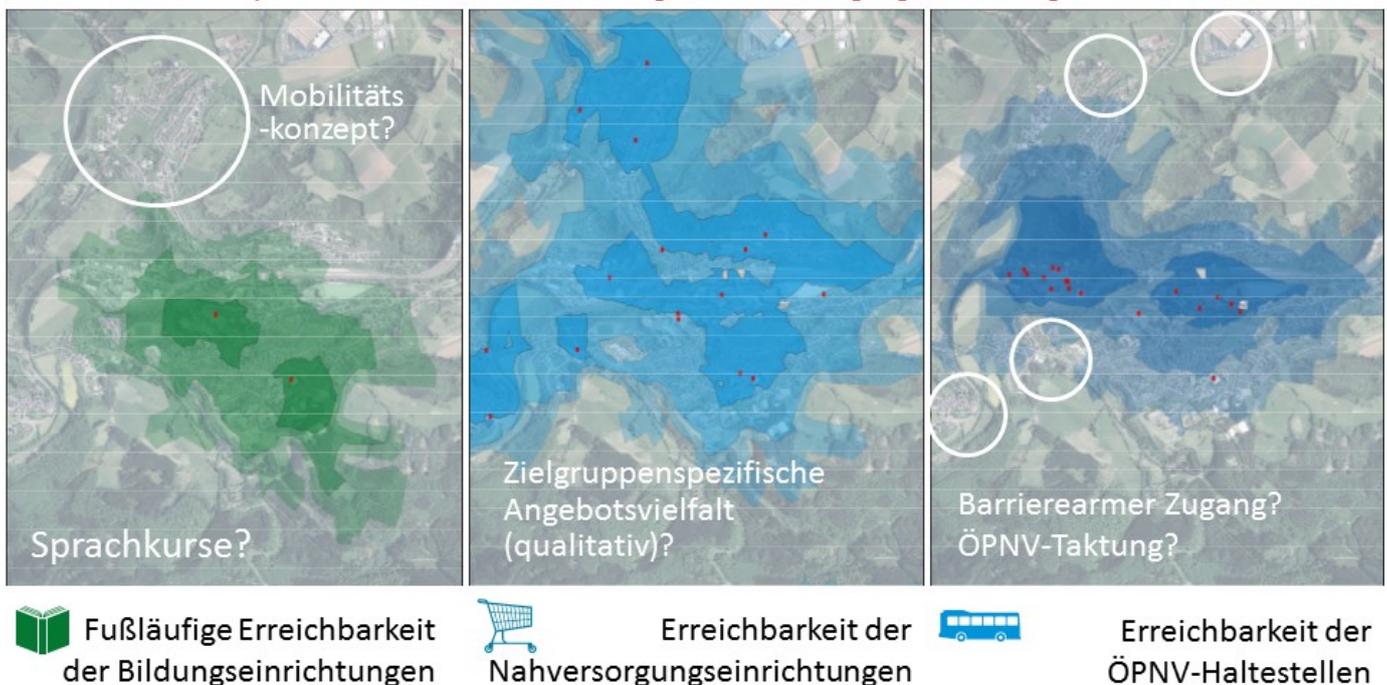


Abbildung 8: GIS-basierte Eignungsanalyse zur Beurteilung der Erreichbarkeiten in der VG Gerolstein (Eigene Darstellung Senior-Forschungsprofessur Stadtplanung, 2019).

Die Beurteilung des verfügbaren Wohnraums in der VG Gerolstein anhand der Leerstandsquoten als ökonomisches Eignungskriterium (vgl. Abbildung 9) kann aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit der kommunalen Datenbestände lediglich in Bezug auf die räumliche Ebene der Gemeinde erfolgen (vgl. Abbildung 9). Eine gebäudespezifische Identifikation der Wohnungsleerstände ist durch komplexe Methoden (Auswertung der Strom- und Wasserzählerdaten oder Ortsbegehung) theoretisch möglich, aber in der kommunalen Praxis am effizientesten generierbar durch die Ortskenntnisse der lokalen Bauämter (Kreis- und Gemeindeverwaltung). Während im Betrachtungsraum VG Gerolstein die Leerstandsquote

von 5,1% über dem Landesdurchschnitt liegt (4,9%), sind innerhalb der Verbandsgemeinde in den Dörfern abseits der Bahntrasse Höchstquoten bis zu 17% (Gemeinde Gees) zu verzeichnen.

Eine Unterbringung von Flüchtlingen in diesem Dorf sollte mit Blick auf Integrationsfähigkeit unter der Prämisse erfolgen, dass die verkehrliche Anbindung gewährleistet ist. Da dieses zentrale Thema der Kommunalentwicklung nicht nur die Integration, sondern die Zukunftsfähigkeit für die Bevölkerung im Allgemeinen stark beeinflusst, ist ein erforderliches Mobilitätskonzept als integrierter Bestandteil eines Kreisentwicklungskonzeptes zu empfehlen.

Die abschließende Beurteilung des Wohnstandortes sollte aus kommunaler Sicht neben den dargestellten wohnumfeldbezogenen Aspekten auch gebäudespezifische Qualitätskriterien (kommunaler oder privater Bestand, Größe, Mietpreise (Nettokaltmiete und Übernahme von Nebenkosten), Zuschnitt, energetische Aspekte, qualitativer Zustand, Breitbandanbindung etc.) berücksichtigen.

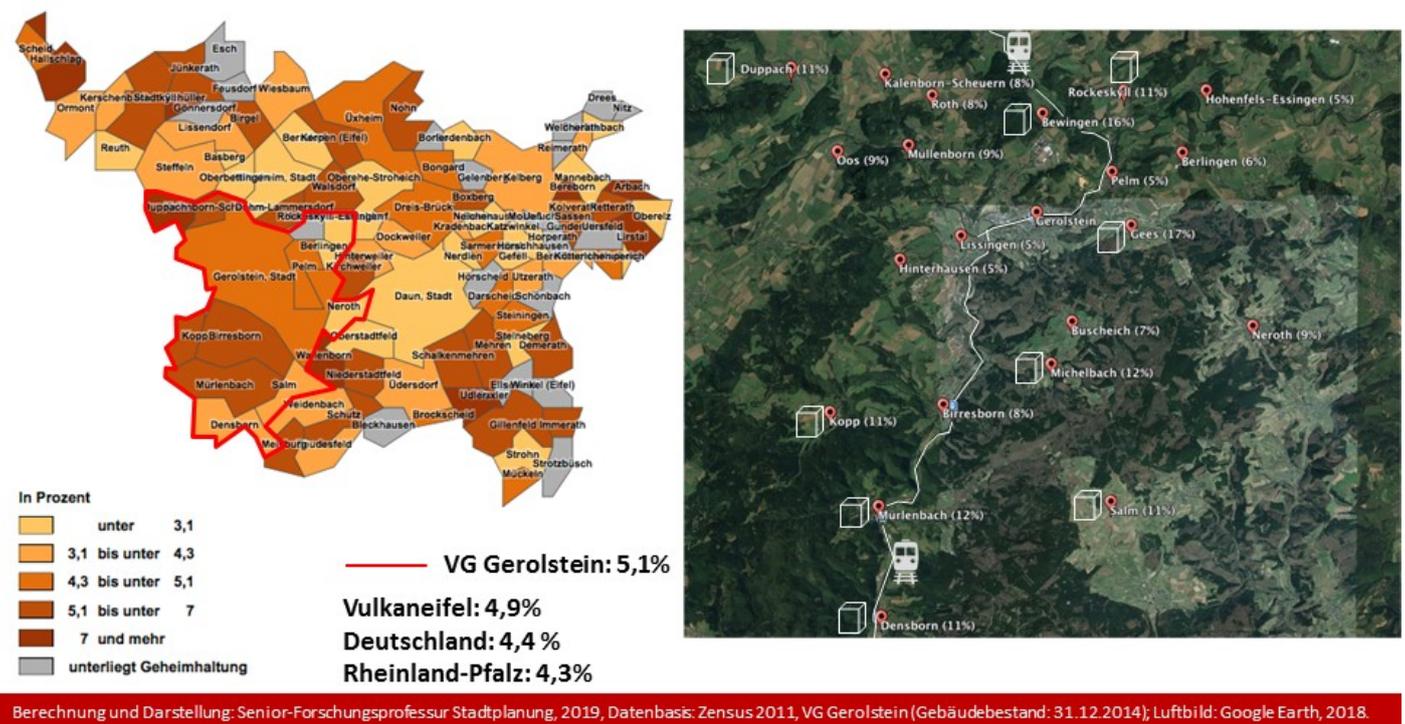
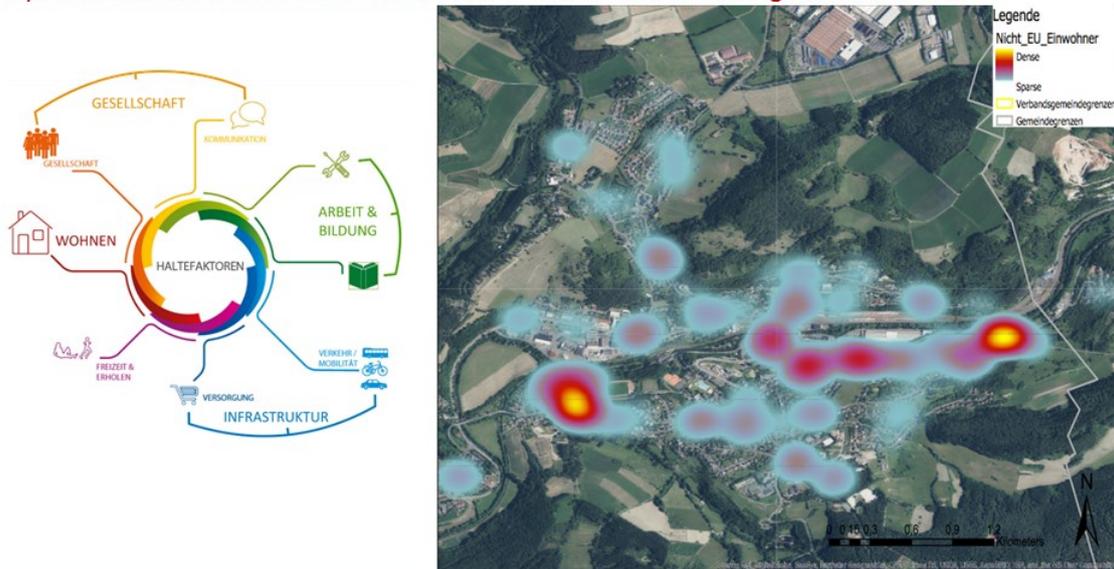


Abbildung 9: GIS-basierte Eignungsanalyse zur Beurteilung des Wohnungsleerstände in der VG Gerolstein

Anhand des GIS-basierten Tools ist es möglich, die in der Verbandsgemeinde Gerolstein registrierten Zuwanderer datenschutzkonform anhand des ihnen zugewiesenen Wohnraums georeferenziert zu lokalisieren (vgl. Abbildung 10). Ein solches Lagebild ist in vielerlei Hinsicht hilfreich zur Beurteilung der Erreichbarkeiten. Inwieweit die von der Kommunalverwaltung (hier: Kreisverwaltung) zugewiesenen

Wohnstandorte sozialverträglich sind, lässt sich durch die Überlagerung mit den Milieu-Daten (vgl. Abbildung 11) abgleichen.

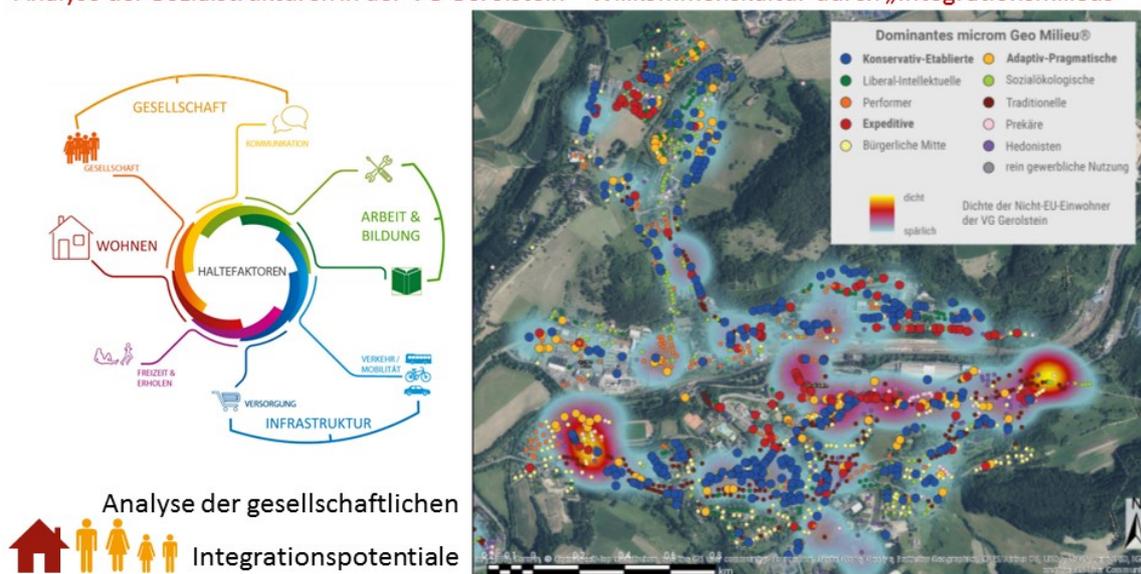
Analyse der Sozialstrukturen in der VG Gerolstein – Räumliche Verteilung der Zuwanderer



Berechnung und Darstellung: Senior-Forschungsprofessor Stadtplanung, 2019; Datenbasis: VG Gerolstein.

Abbildung 10: Sozialstrukturelle Analyse der VG Gerolstein – Räumliche Verteilung der Zuwanderer in Gerolstein (Eigene Darstellung Senior-Forschungsprofessor Stadtplanung, 2019, Datenbasis: VG Gerolstein).

Analyse der Sozialstrukturen in der VG Gerolstein – Willkommenskultur durch „Integrationsmilieus“



Berechnung und Darstellung: Senior-Forschungsprofessor Stadtplanung, 2019; Datenbasis: VG Gerolstein und microm GmbH.

Abbildung 11: Sozialstrukturelle Analyse der VG Gerolstein – Räumliche Verteilung der Zuwanderer in Gerolstein und Abgleich mit der Milieu-Struktur vor Ort (Eigene Darstellung Senior-Forschungsprofessor Stadtplanung, 2019; Datenbasis: VG Gerolstein und microm GmbH).

Anhand der Abbildung 11 wird deutlich, dass in der Verbandsgemeinde Gerolstein eine gewisse „Willkommenskultur“ durch die vorhandene Basis-Bevölkerung vorzufinden ist. Die hohen Anteile der „Integrationsmilieus“ (v.a. Expeditiv Milieus, Adaptiv-Pragmatische-Milieus; vgl. Kap. 3.2.5) bilden eine sozialverträgliche Grundlage, die eine Integration begünstigen kann. Anhand dieses Leitkriteriums „Integrationsmilieu“ sind die bestehenden Sozialräume auch unter dem Aspekt zu beurteilen, dass mit Unterstützung dieser Milieus auch Konflikte mit polarisierenden Sozialstrukturen gelöst werden können. Nach dem Integrationsparadoxon von El-Mafaalani¹ können Konflikte zugleich auch als Zeichen einer gelungenen Integration verstanden werden.

Zugleich wird anhand der vergleichenden Betrachtung der Milieu-Anteile in der Verbandsgemeinde Gerolstein erkennbar, dass Überalterungstendenzen (hoher Anteil Traditioneller Milieus mit 16,48% – Bundesdurchschnitt: 11,1%) der Abwanderung junger Milieus entgegenstehen (Anteil Expeditiv Milieus liegt mit 5,67% weit unter dem Bundesdurchschnitt (8,7%)). Hiervon ist insbesondere die Stadt Gerolstein weniger stark betroffen als die umliegenden Dörfer. Mit Blick auf die wanderungsaktivsten Altersklassen (vgl. Abbildung 6) sind im Rahmen einer integrierten Kreisentwicklungsstrategie milieuspezifische Haltefaktoren, die auch für die schutzbedürftigen Zuwanderer gelten, zu bestimmen und daraus lokale Maßnahmen umzusetzen, um diesen Zielgruppen Zukunftsperspektiven am Standort aufzuzeigen.

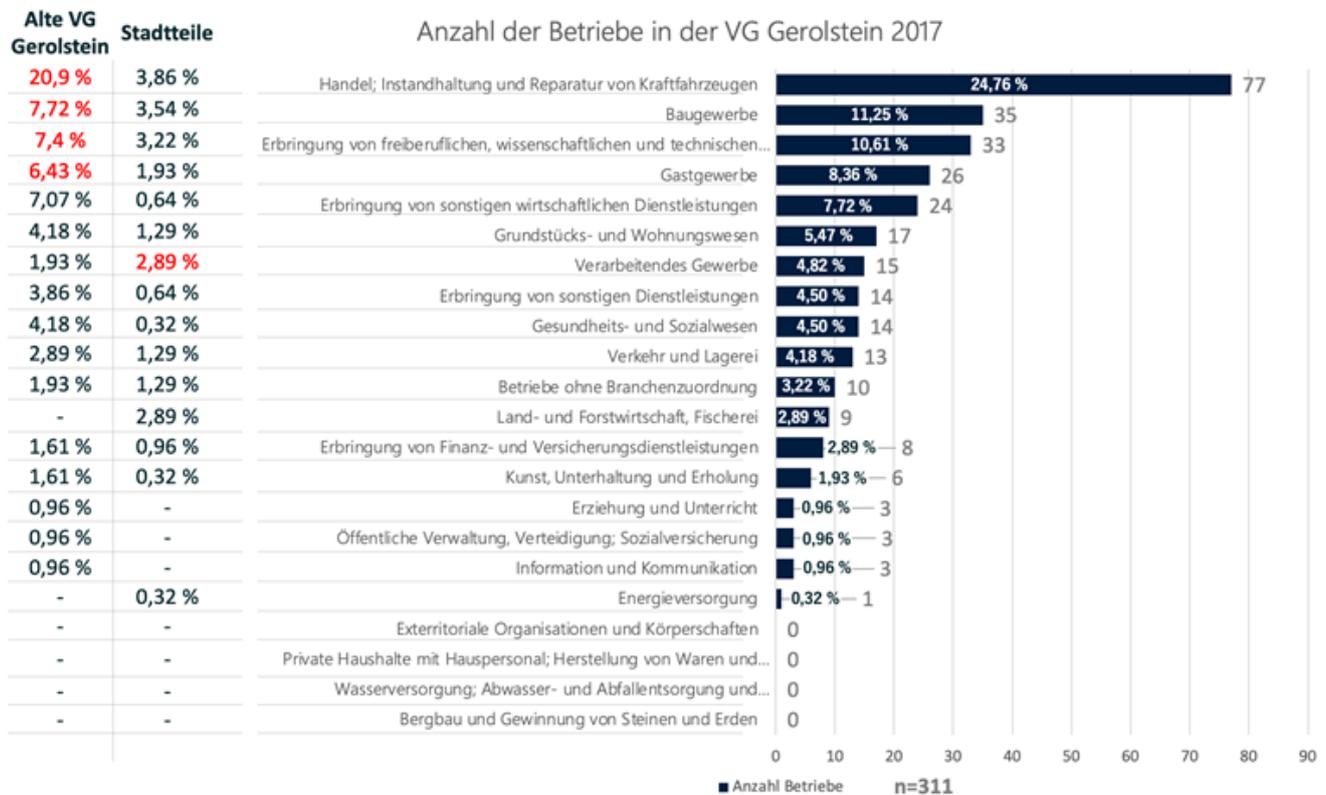
¹ Die Überzeugung hält sich hartnäckig: Je besser sich Zuwanderer integrierten, desto geräuschärmer gehe es in der Gesellschaft zu. Wer Integration jedoch als Teilhabe versteht, müsse es, meint El-Mafaalani, nicht nur aushalten, dass eine wachsende Zahl Migrantinnen und Migranten Interessen vertritt, Rechte einfordert und Ansprüche geltend macht. Es sei im Gegenteil der Beleg für das Angekommensein in einer Gesellschaft, die von der Mitwirkung der Vielen lebe – und damit ein Beleg für die Integrationskraft Deutschlands wie für die Akzeptanz des politischen Systems. Gerade weil Deutschland prosperiere und es große Fortschritte in Richtung einer offenen Gesellschaft gegeben habe, werde nun, so El-Mafaalani, mit feineren Antennen auf jede Form von Diskriminierung reagiert. Ansprüche anderer lösen Abwehrreaktionen aus – zumal bei begrenzten Ressourcen. Jedoch sei Migration ein globales Faktum und die populistische Forderung nach einer ethnisch homogenen Gesellschaft ein Irrweg. Daher sei nach Wegen zu suchen, um sowohl Menschen mitzunehmen, die sich vor der Verliererrolle fürchten, als auch diejenigen, die diese ablegen möchten [14].

Deutschland	10,0%	7,4%	7,9%	8,7%	12,6%	11,1%	7,3%	11,1%	9,2%	14,8%
	KET Konservativ-Etabliertes Milieu	LIB Liberal- Intellektuelles Milieu	PER Milieu der Performer	EPE Expeditives Milieu	BUM Bürgerliche Mitte	PRA Adaptiv- Pragmatisches Milieu	SOK Sozialökologisches Milieu	TRA Traditionelles Milieu	PRE Prekäres Milieu	HED Hedonistisches Milieu
VG Gerolstein	13,10	6,05	7,09	5,67	13,37	10,29	7,27	16,84	8,42	11,90
Bewingen	11,80	5,59	6,34	4,95	13,61	9,75	7,11	18,74	8,80	13,30
Bütschich	13,10	6,34	7,38	4,66	13,95	10,11	6,86	17,02	8,85	11,72
Gees	12,77	5,42	5,59	3,98	15,41	8,93	6,52	20,26	9,79	11,32
Hinterhausen	12,17	5,21	5,58	4,66	13,70	10,49	7,27	20,28	7,70	12,95
Lissingen	13,09	5,76	6,48	4,86	13,92	9,00	6,98	18,41	9,03	12,45
Michelbach	13,02	6,28	6,22	4,74	15,28	11,03	7,41	17,41	8,88	9,74
Müllenborn	12,35	5,51	6,44	5,42	13,57	10,08	6,68	17,46	10,20	12,29
Oos	12,35	5,54	6,55	5,22	13,43	10,73	8,45	15,45	9,44	12,82
Roth	13,44	6,90	7,72	4,99	13,80	12,96	8,28	13,98	7,80	10,12
Gerolstein Stadtmitte	12,40	7,23	8,93	6,94	13,21	12,14	6,91	14,32	7,25	10,66
Gerolstein	13,27	6,19	7,43	6,17	12,88	10,44	7,37	16,13	7,86	11,78

Abbildung 12: Milieu-Verteilung in der VG Gerolstein (Eigene Darstellung Senior-Forschungsprofessur Stadtplanung, Datenbasis microm GmbH 2017).

Die wirtschaftsstrukturelle Eignungsanalyse für die Verbandsgemeinde Gerolstein zeigt auf, dass mehr als die Hälfte aller Betriebe vier wirtschaftsstrukturellen Clustern angehören (vgl. Abbildung 13): 77 Betriebe zählen zum Wirtschaftsbereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (ca. 35%). Sie bilden den größten Anteil aller Wirtschaftsbetriebe in der VG Gerolstein ab. Mit dem Baugewerbe (35 Betriebe, 11,25% Anteil), den freien und wissenschaftlichen Berufen (33 Betriebe, 10,61% Anteile) und dem Gastgewerbe (24 Betriebe, 8,36%) sind Wirtschaftsunternehmen vor Ort, die für eine Beschäftigung unterschiedliche Qualifikationsniveaus und Sprachkenntnisse voraussetzen. Die Vermittlung von Arbeitsplätzen erfolgt durch die lokalen Einrichtungen der Bundesagentur für Arbeit und dem Job-Center. Aus den Expertengesprächen vor Ort wurde zum Ausdruck gebracht, dass die dörflichen Strukturen neben den Herausforderungen (v.a. Mobilität) auch gewisse Vorteile (Lokale Netzwerke) besitzen. Im Sinne einer Kreisentwicklungsstrategie empfiehlt es sich, die Stärken der Region und wirtschaftsstrukturellen Standortpotentiale zielgruppenorientiert zu adressieren, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Mit den vorliegenden Analysen sind Ansätze definiert und Grundlagen geschaffen, um eine solche integrierte Gesamtstrategie nach räumlich-funktionalen Zusammenhängen zu entwickeln.

Einführung: Überblick der Wirtschaftsbetriebe in VG Gerolstein 2017



Quelle: Senior-Forschungsprofessur Stadtplanung; Datenbasis: microm GmbH, 2017.

Abbildung 13: Wirtschaftsstrukturelle Eignungsanalyse zur Bestimmung der bestehenden Wirtschaftsbetriebe in der VG Gerolstein 2017 (Eigene Darstellung Senior-Forschungsprofessur Stadtplanung, 2019; Datenbasis: microm GmbH, 2017).

5 Übertragbarkeit und Reflektion der Ergebnisse

> Integration und Zuwanderung als kommunale Handlungserfordernisse

Zusammenfassend ergeben sich aus der Flüchtlingsbewegung Handlungserfordernisse auf allen räumlichen Ebenen: Kommunal, regional sowie auf Länder- und Bundesebene.

Nach einer Erstverteilung auf Basis der gesetzlichen Bestimmungen des Asylgesetzes (§ 45 Abs. 1 S. 2 des AsylG: Verteilung nach dem „Königsteiner Schlüssel“, vgl. Kap. 2) liegt die Zuständigkeit für die Unterbringung und Integration bei den Kommunen. Was auf den ersten Blick aufgabenadäquat erscheint, kann bei einer näheren Betrachtung zum Problem werden, wenn bei der Aufgabe zu örtlich fixiert vorgegangen wird und gemeinsame interkommunale und regionale Lösungen ausgeblendet werden. Die bisherige Verteilung erfolgt nach rein quantitativen Parametern, ohne dabei qualitative Kriterien, die kapazitäts- und nachfrageorientiert sind, zu Grunde zu legen (vgl. Kap. 3.1.1). In diesem Sinne sollten Regionalpläne darauf hin überprüft werden, wie und wo zusätzliche Siedlungsflächen erschlossen werden können, die den Kriterien einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung entsprechen. Integrierte Lagen besitzen Vorteile, da sie insbesondere an den schienengebundenen Personennahverkehr (SPNV) angebunden sind sowie über zentrale örtliche Funktionen und für die Integration notwendigen sozialen Infrastruktur (Sprachkurse, Bildungsangebote, Gesundheitsdienste, Therapieplätze, Treffpunkte etc.) verfügen. Durch den flächendeckenden Ausbau der digitalen Infrastruktur können ländlich peripher gelegenen Regionen nach den Zielvorstellungen des gegenwärtigen Koalitionsvertrages der Bundesregierung (2018, 19 Legislaturperiode) ihre strukturelle Defizite (Abwanderungsräume, zunehmende Wohnungsleerstände, offene Arbeitsplatzangebote) angleichen, um somit ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

> Implementierung Kreisentwicklungsstrategie

Die Forschungserkenntnisse des BMBF-Projektes „Innovative Formate zur Integration von Zuwanderern in Regionen mit hohen demografischen Herausforderungen“ (IN2) zeigen vor dem Hintergrund der räumlichen Transformation und säkularen Trends, dass aufgrund der Komplexität und Vielfältigkeit der integrationsbegünstigenden Faktoren die systematische Erfassung, Analyse und Bewertung der lokalen Gegebenheiten in Bezug auf die Daseinsgrundfunktionen und somit auf die Handlungsfelder „Arbeit und Bildung“, „Gesellschaft“ (Zivilgesellschaft und Kommunikation), „Infrastruktur“ (Versorgung, Verkehr/Mobilität), „Freizeit und Erholen“ und „Wohnen“ notwendig ist.

Eine integrierte (das heißt an den Zielen der Nachhaltigkeit orientierte, bürgerorientierte und fachübergreifend konzipierte) Raumentwicklung im Sinne der Leipzig Charta, nimmt als öffentliche Aufgabe wahr, sich um benachteiligte Räume zu kümmern und die dargelegten räumlich-funktionalen Zusammenhänge ganzheitlich zu erfassen. Da unmittelbare Bezüge zu den planerischen Aufgaben und Zielsetzungen der Kommunalentwicklung bestehen, ist eine systematische Implementierung der Handlungsfelder an den damit verbundenen politischen Zielsetzungen auszurichten und in eine Standortentwicklungsstrategie – in den beiden Modellkommunen Gerolstein und Rockenhausen als Kreisentwicklungsstrategie – zu integrieren. Somit wäre eine verwaltungsbindende Basis für die Umsetzbarkeit der Integration in den Kommunen gewährleistet.

> Praktikabilität und Übertragbarkeit des Tools

Der dargelegte Modellansatz erfordert eine lokale Identifikation und Gewichtung der Haltefaktoren, die durch die örtlichen Gegebenheiten bestimmt werden. Standortbezogen ist im räumlich-funktionalen Zusammenhang diese lokale Gewichtung der identifizierten Haltefaktoren für die Zuwanderer auf Basis der lokalen Gegebenheiten insbesondere in Bezug auf den Wohnungs- und Arbeitsmarkt, das Mobilitätsangebot und die Basisinfrastruktur zur Sicherung der Daseinsvorsorge vor Ort vorzunehmen. Die GIS-basierenden Restriktion-, Konflikt- und Eignungsanalysen erweisen sich hinsichtlich Praktikabilität und Übertragbarkeit als prädestiniert, um einen alternativen Verteilungsansatz nach quantitativen und qualitativen Aspekten kapazitäts- und nachfrageorientiert umsetzen zu können (vgl. Kap. 2 und 3). Das Erfordernis alternativer Verteilungsmechanismen als Alternative zum „Königsteiner Schlüssel“ besitzt eine Signifikanz von politischer Relevanz. Dies wurde im Rahmen des Projektes IN2 insbesondere durch Vertreter des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz ausdrücklich betont.

> Kommunale Mehrwerte durch Anwendung des Tools

Durch das Generieren und Strukturieren des kommunal verfügbaren Wissens hinsichtlich der lokalen sozialen, baulichen, infrastrukturellen und wirtschaftsstrukturellen Gegebenheiten lassen sich mittels einer datengestützten Erfassung, Analyse und Bewertung der räumlich-funktionalen Zusammenhänge im Kontext der Integration von Zuwanderern die Standortpotentiale somit durch die systematische Anwendung von Rauminformationen mobilisieren. Die kommunale Zukunftsfähigkeit und die Integration von Zuwanderung lässt sich durch ein datengestütztes, kapazitätsorientiertes Verteilungsmodell die Standortpotentiale nachfrageorientiert bestimmen. Ziel ist es, die Kommunen wettbewerbsfähig zu positionieren.

Ein zukunftsorientierter Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung (Projektmanagement-Struktur und kommunales Datenmanagement), positive Effekte für die Standorte, die öffentlichen Räume, die Daseinsvorsorge, die Umwelt und die öffentliche Sicherheit sowie gesellschaftliche Mehrwerte durch einen optimierten Nutzen für die Zivilgesellschaft (Zielgruppenspezifische Kommunikation und Beteiligung) lassen sich durch die dargelegten Innovationen generieren.

> **Lokale Netzwerke und Willkommenskultur**

Aus den Erfahrungen der Experten des IN2-Projektbegleitkreises kann als bedeutsamer Faktor die „Willkommenskultur vor Ort“ generiert werden. Die Bestimmung der Willkommenskultur ist nicht einfach (teil-) räumlich zu erfassen. Aus den Milieustrukturen (vgl. Kap. 3.2.5) lassen sich jedoch Indizien für die Grundhaltungen der Bevölkerung gegenüber den Zuwanderern ableiten und somit soziale Milieus mit einem ausgeprägten Assimilationsverhalten (integrationsadaptive Milieus, neutrale Gesellschaftsgruppen und Milieus mit einem „not in my back yard (NIMBY)“-Verhalten) identifizieren. Als maßgebliche Faktoren sind zudem die Integrationsarbeit der Kommunen (bspw. Verwaltung, Sprachkurse) als auch die Initiativen innerhalb der Kommunen (bspw. Flüchtlingsorganisationen) zu benennen. Im Ergebnis wirkt sich ein klares politisches Bekenntnis zur „Willkommenskultur“, dass durch die Mehrheit der Fraktionen des Rates mitgetragen wird, begünstigend für die Integration von Zuwanderern aus.

> **Öffentlichkeitsarbeit und Organisationsstrukturen**

Im Rahmen der Regionalentwicklung können für strukturschwache und peripher gelegenen ländliche Räume infolge der Zuwanderung Entwicklungschancen konstatiert werden. Ohne entsprechende Strategien wird dies aber nicht eintreten, die Geflüchteten werden sich nach ihrer Anerkennung in Richtung der Großstädte und Wachstumsregionen orientieren. Erforderlich sind deshalb gezielte Maßnahmen, insbesondere im Bereich des Regionalmanagements und der Förderung von Modellprojekten [6, S. 6]. Regionale Integrationsplattformen für den offenen gesellschaftlichen Dialog und regionale Internationalisierungsstrategien führen zur Internationalisierung interessierter Regionen und Teilräume, die ihre Wirtschafts-, Arbeits- und Lebenswelten an den globalen Trends ausrichten und somit eine Basis für die Integration schaffen.

> **Koordination kommunale Akteure (Ehrenamt, Vereine, Zivilgesellschaft)**

Integration findet vor Ort statt. Dies betrifft unter anderem den Spracherwerb und die Sprachförderung, die Integration in die schulische und berufliche Bildung sowie in den Arbeitsmarkt. Hilfreich und unter-

stützend sind die umfassenden Strukturen der Sportvereine, kulturelle Angebote und ehrenamtliche Helfergruppen. Gerade kleine und mittlere Städte und Gemeinden – so auch die Modellkommunen Gerolstein und Rockenhausen – bieten zahlreiche Ansatzpunkte für eine gelingende Integration, wenn die sich sowohl für die Herkunftsbevölkerung als auch für die Zuwanderer ergebenden Potenziale erkannt, öffentlich gemacht, verantwortungsgemeinschaftlich ausgeschöpft und zielgruppenspezifisch weiterentwickelt werden [6, S. 6].

6 Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Bevölkerungsprognose 2017 – 2040 für Rheinland-Pfalz [1, S. 57]
- Abbildung 2: Erstverteilung von Flüchtlingen nach dem Königsteiner Schlüssel in Rheinland-Pfalz zwischen 2015 – 2018 (Eigene Berechnung und Darstellung nach [7]).
- Abbildung 4: Modellansatz zur quantitativen Bestimmung von Potentialräumen zur Erstverteilung von Flüchtlingen (AG Stadtplanung; nach [8])
- Abbildung 3: Überlagerung Potentialräume nach alternativem Verteilungsansatz und Realverteilung nach dem Königsteiner Schlüssel (Eigene Berechnung und Darstellung nach [7] [8]).
- Abbildung 5: Ablauf Restriktions-, Konflikt- und Eignungsanalyse zur Bestimmung von Wohnbauflächen für die Unterbringung von Flüchtlingen (Eigene Darstellung nach [8]).
- Abbildung 6: Sinus-Milieus® und ihre Bereitschaft, sich gegenwärtig oder zukünftig im Bereich der Integration von Migranten vor Ort zu engagieren (Eigene Darstellung nach [11]).
- Abbildung 7: Wechselwirkung zwischen lokalen Angeboten und der Nachfrage von Zuwanderern im räumlich-funktionalen Kontext (Darstellung AG Stadtplanung, 2019).
- Abbildung 8: GIS-basierte Eignungsanalyse zur Beurteilung der Erreichbarkeiten in der VG Gerolstein (Eigene Darstellung AG Stadtplanung, 2019).
- Abbildung 9: GIS-basierte Eignungsanalyse zur Beurteilung des Wohnungsleerstände in der VG Gerolstein.

Abbildung 10: Sozialstrukturelle Analyse der VG Gerolstein – Räumliche Verteilung der Zuwanderer in Gerolstein (Eigene Darstellung AG Stadtplanung, 2019, Datenbasis: VG Gerolstein).

Abbildung 11: Sozialstrukturelle Analyse der VG Gerolstein – Räumliche Verteilung der Zuwanderer in Gerolstein und Abgleich mit der Milieu-Struktur vor Ort (Eigene Darstellung AG Stadtplanung, 2019; Datenbasis: VG Gerolstein und microm GmbH).

Abbildung 12: Milieu-Verteilung in der VG Gerolstein (Eigene Darstellung AG Stadtplanung, Datenbasis microm GmbH 2017).

Abbildung 13: Wirtschaftsstrukturelle Eignungsanalyse zur Bestimmung der bestehenden Wirtschaftsbetriebe in der VG Gerolstein 2017 (Eigene Darstellung AG Stadtplanung, 2019; Datenbasis: microm GmbH, 2017).

7 Literaturverzeichnis

- [1] G. Steinebach, E. Gilcher und C. Felz, „Endbericht zur wissenschaftlichen Begleitung und Evaluierung der Zukunftsinitiative „Starke Kommunen – Starkes Land“,“ Technische Universität Kaiserslautern, Kaiserslautern, 2018.
- [2] Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, „Statistisches Jahrbuch 2019,“ Bad Ems, 2019.
- [3] Robert-Bosch-Stiftung, „Themendossier: Unterbringung von Flüchtlingen: Engpässe überwinden – Kommunen entlasten,“ Stuttgart, 2016.
- [4] Deutscher Bundestag, „Verteilung von Asylsuchenden auf die Bundesländer,“ Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Berlin, 2017.
- [5] Beirat für Raumentwicklung beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, „Empfehlungen des Beirats für Raumentwicklung. Flüchtlinge – Auswirkungen und Aufgaben für die (Bundes-) Raumordnung, Landes- und Regionalplanung,“ Berlin , 2017.
- [6] Landtag Rheinland-Pfalz , „Antwort des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz auf die Große Anfrage der Fraktion der AfD – Drucksache 17/6367 – Einwanderung und Asylpraxis in Rheinland-Pfalz,“ Mainz, 2018.
- [7] empirica AG, „Verteilung von Flüchtlingen in Deutschland. Vorschlag für eine nachhaltige regionale Verteilung. Endbericht,“ empirica AG, Berlin , 2016.
- [8] C. Jacoby und H. Kistenmacher, Planungsprozess und Entscheidung. In: Ritter, Ernst- Hasso und Benz, Arthur; Herausgeber: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Methoden und Instrumente räumlicher Planung., Hannover: ARL, 1998.
- [9] P. Torakai, „Zielgruppenspezifische Stadtplanung Quantifizierung und Qualifizierung der räumlichen Ansprüche Angehöriger mikrogeografischer Milieus an Wohnstandorte,“ 12 12 2017. [Online]. Available: <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:386-kluedo-51040>.
- [10] vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., „vhw-Kommunikationshandbuch. Praxisbezogene Kommunikation mit den Milieus der Stadtgesellschaft,“ vhw, Berlin , 2013.

- [11] B. Barth und B. B. Flaig, „Was sind Sinus-Milieus? Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Fundierung und Praxisrelevanz eines Gesellschaftsmodells,“ in Jugendliche Lebenswelten. Perspektiven für Politik, Pädagogik und Gesellschaft, Berlin/Heidelberg, Springer-Verlag, 2013.
- [12] C. Kühl, „Warum wir uns als Kommune um Sicherheit kümmern müssen,“ in Dokumentation Kongress Sicherheit und Stadtentwicklung des Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz, Kaiserslautern, 2019.
- [13] B. Barth und B. B. Flaig, „Was sind Sinus-Milieus? Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Fundierung und Praxisrelevanz eines Gesellschaftsmodells,“ in Jugendliche Lebenswelten. Perspektiven für Politik, Pädagogik und Gesellschaft, Berlin/Heidelberg, Springer-Verlag, 2013, pp. 11-35.
- [14] vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., vhw-Kommunikationshandbuch. Praxisbezogene Kommunikation mit den Milieus der Stadtgesellschaft, Berlin: vhw-Schriftenreihe 4, 2013, p. 280.
- [15] „Bundeszentrale für politische Bildung,“ [Online]. Available: <https://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/285606/das-integrationsparadox>. [Zugriff am 01 08 2020].

Weitergehende Informationen zu dem Projekt „**Innovative Formate zur Integration von Zuwanderern in Regionen mit hohen demografischen Herausforderungen**“ erhalten Sie online unter:

<https://www.ita-kl.de/ita-projekte/integration-innovativ/>



Technische Universität Kaiserslautern
Senior-Forschungsprofessur Stadtplanung
Prof. Dr.-Ing. Gerhard Steinebach
Postfach 3049
67653 Kaiserslautern



senior-forschungsprofessur
stadtplanung

prof. dr.-ing. g. steinebach